



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



„Gemeinsam stark für Demokratie und Vielfalt“

Dokumentation Fachtagung am 1. Juli 2014 in Berlin

Inhalt

Einleitung und Redebeiträge	5
-----------------------------	---

„Gemeinsam stark für Demokratie und Vielfalt“	7
---	---

Begrüßung durch Dr. Heiko Geue, Abteilungsleiter Engagementpolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8
--	---

Rede Dr. Christian Lüders, Deutsches Jugendinstitut (DJI)	10
--	----

Rede Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	16
---	----

Schlusswort Thomans Heppener, Leiter des Referats „Demokratie und Vielfalt“	24
--	----

Toleranz künstlerisch leben	27
-----------------------------	----

LAP Dinslaken – Projekt des Berufskollegs Dinslaken	28
--	----

LAP Eichsfeld – Projekt der Lebenshilfe Leinfelde-Worbis	29
---	----

Fachforen	31
<hr/>	
Fachforum 1 Nachhaltigkeit – wie wirken Modellprojekte?	32
<hr/>	
Fachforum 2 Miteinander – Füreinander: Präventionsnetze in den Ländern	40
<hr/>	
Fachforum 3 Gemeinsam wirken – was integrierte lokale Strategien erreichen	46
<hr/>	
Fachforum 4 „Wir machen weiter“ – Lokale Aktionspläne sichern ihre Nachhaltigkeit	56
<hr/>	
Fachforum 5 Synergien nutzen – bundesweite Vernetzung gegen Rechtsextremismus	62
<hr/>	
Fachforum 6 „Man konnte sagen, was man denkt“ – größere Lernerfolge durch mehr Beteiligung?	70
<hr/>	
Fachforum 7 Den Opfern eine Stimme geben – Aufgabenfelder und Qualitätsstandards in der Beratung von Opfern rechtsmotivierter Gewalt	78
<hr/>	
Fachforum 8 Rechtsextremismus im Wandel – neue Herausforderungen für die pädagogische Praxis	86
<hr/>	
Impressionen	99
<hr/>	



Einleitung und Redebeiträge



„Gemeinsam stark für Demokratie und Vielfalt“

Auf der Fachtagung „Gemeinsam stark für Demokratie und Vielfalt“ haben über 150 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft, Kommunen, Verbänden und Vereinen mit Expertinnen und Experten aus den Projekten gemeinsam ein Fazit über Erfahrungen und Erfolge in der Projektarbeit des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN gezogen und über die Erwartungen an ein neues Bundesprogramm diskutiert.

TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN fördert deutschlandweit Projekte für Toleranz und Demokratie sowie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Es setzt im präventiv-pädagogischen Bereich an und richtet sich vor allem an Kinder und Jugendliche, aber auch an Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN konzentriert sich auf drei Programmbausteine: Lokale Aktionspläne, Modellprojekte und Beratungsnetzwerke. Das Programm läuft zum 31. Dezember 2014 aus.

Der Einsatz für Demokratie und Vielfalt und die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind zentrale Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Aus diesem Grund hat Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sie zu Schwerpunktthemen ihrer Arbeit erklärt. Im Rahmen der Veranstaltung skizzierte die Ministerin erste Eckdaten für ein neues Bundesprogramm mit dem Namen „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, das am 1. Januar 2015 starten wird.

Weitere Informationen zu den Bundesprogrammen finden Sie unter:

www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

www.demokratie-leben.de

Begrüßung durch Dr. Heiko Geue, Abteilungsleiter Engagementpolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Dr. Heiko Geue, Leiter der Abteilung Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), hieß in seiner Begrüßungsrede die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung „Gemeinsam stark für Demokratie und Vielfalt“ am 1. Juli 2014 in Berlin herzlich willkommen und lobte die Fachkonferenz als wunderbare Gelegenheit, Mitglieder des Bundestages, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer bundesweit aktiver Verbände, Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter der Bundes- und Landesbehörden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Kommunen sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Forschung miteinander ins Gespräch zu bringen.

Nach der Begrüßung ging Dr. Geue auf den Tagesablauf der Fachtagung ein. Die Fachforen am Vormittag seien vor allem dazu gedacht, eine Bilanz des bisherigen Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN zu ziehen. Der Vortrag der Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig am Nachmittag solle dann die Eckpunkte des neuen Bundesprogramms vorstellen. Im Anschluss sei in den Fachforen noch einmal Raum zur Diskussion gegeben.

Engagementpolitik auf Augenhöhe

Dr. Geue erklärte, dass es dem Ministerium besonders wichtig war, das neue Bundesprogramm zur Förderung von Demokratie und Vielfalt nicht alleine zu entwickeln, sondern die Erfahrungen, Anregungen und Wünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Verbänden, Vereinen, Projekten, Kommunen und der Wissenschaft intensiv in die Entstehungsarbeit einfließen zu lassen. Diese Dialogorientierung zeige sich auch in der Struktur der Fachforen der Tagung, in denen die Äußerung von Erfahrungen und Wünschen ausdrücklich erwünscht sei und die eine Gelegenheit zur Diskussion geben sollen.

Neben der stärkeren Dialogorientierung benannte Dr. Geue weitere Grundpfeiler und Ziele des neuen Programms. Er sicherte mehr Planungssicherheit, mehr Geld für nachhaltige Strukturen sowie die Abschaffung von Parallelstrukturen zu. Um diese Ziele umzusetzen, sei im Ministeri-

um selbst auch eine Neu- und Umstrukturierung vorgenommen worden. So sei die Unterabteilung Engagementpolitik geschaffen worden, die dazu beitragen soll, die Engagementpolitik auf Augenhöhe mit anderen wichtigen Politikbereichen des Familienministeriums – wie Familien- und Gleichstellungspolitik, Politik für Kinder und Jugendliche oder für ältere Menschen – zu stellen.

Abschließend erklärte Dr. Geue, dass der Bereich der Engagementpolitik im Ministerium neu strukturiert wurde. Für das neue Referat „Demokratie und Vielfalt“ konnte Thomas Heppener, der ehemalige Direktor des Anne Frank Zentrums, als Leiter gewonnen werden. Er werde sich für Dialog und Engagementpolitik auf Augenhöhe einsetzen.

Dr. Geue wünschte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fachtagung gutes Gelingen und viel Erfolg. Er freue sich auf eine künftige enge und konstruktive Zusammenarbeit.

Rede Dr. Christian Lüders, Deutsches Jugendinstitut (DJI)



„Die Ergebnisse der beiden Bundesprogramme TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN und „Initiative Demokratie Stärken“ in einer halben Stunde vorzustellen, ist eine echte Herausforderung“, erklärte Dr. Christian Lüders zu Beginn seines Vortrags.

Er bedankte sich zunächst beim Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) und Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich, die die wissenschaftliche Begleitung des Programmbereichs der Lokalen Aktionspläne (LAP) umgesetzt haben, sowie bei Univation – Institut für Evaluation, das die Modellprojekte wissenschaftlich begleitet hatte. Sie alle hatten ihre

Ergebnisse der übergreifenden Programmevaluation am DJI zur Verfügung gestellt.

Das Programm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN gegen Rechtsextremismus, so Dr. Lüders, stehe auf vier Säulen: die Lokalen Aktionspläne, die Mobilen Beratungen und Opferberatungen im Programmbereich „Beratungsnetzwerke“, der große Block der Modellprojekte sowie als vierte Säule das BIKnetz und andere kleinere Projekte.

In Bezug auf das Programm „Initiative Demokratie Stärken“ gegen „Linksextremismus“ und „islamischen Extremismus“, betonte Dr. Lüders, dass die damit näherungsweise in den Blick genommenen Phänomene zwar durchaus eigene Aufmerksamkeiten verdienen, die gewählten Begrifflichkeiten aber höchst problematisch seien. Diese könne man nur als „Ausdruck einer Verlegenheit“ verstehen, weil vor allem zu Beginn und zu weiten Teilen bis heute eine differenzierte, fachlich fundierte Informationsbasis gefehlt hätte bzw. fehlen würde. Unter diesen Bedingungen erscheint die Einrichtungen von Modellprojekten in diesen Handlungsfeldern als ein sinnvoller Weg, da nur so neues Erfahrungswissen gewonnen sowie Zugänge und neue Konzepte entwickelt und praxisorientiert auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden können.

Positiv sei auch, dass zwei Forschungsprojekte gefördert werden konnten und Expertisen entstanden sind, die Hintergrundinformationen bzw. grundständiges Wissen zu den Phänomenen und ihrer Relevanz bzw. ihren Manifestationen im Jugendalter liefern. Aufgrund der Komplexi-

tät beider Projekte kündigte Dr. Lüders an, sich auf die Punkte zu konzentrieren, die ihm in fachlich-politischer Hinsicht wichtig erschienen und verwies auf die Fachforen, in denen weitere Hintergründe beleuchtet und diskutiert werden könnten.

TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN

Lokale Aktionspläne: Ein Stück Vitamin C gegen Rechtsextremismus

Bis März 2014 wurden in 174 LAP über 6000 Einzelprojekte gefördert. Die Förderschwerpunkte lagen dabei mit je 30 % in den Bereichen „Stärkung demokratischer Bürgergesellschaft“ sowie „Demokratie- und Toleranzerziehung“. Weitere Themen waren „Soziale Integration“ (rd. 16 %) und „Interkulturelles und interreligiöses Lernen/Antirassistische Bildungsarbeit“ (rd. 11 %). Die Einzelprojekte der LAP sprachen die folgenden Zielgruppen an:

- | Jugendliche in strukturschwachen Regionen (rd. 30 %)
- | Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (rd. 17 %)
- | Lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure (rd. 16 %)
- | Kinder (rd. 16 %)
- | Jugendliche aus „bildungsfernen Milieus“ (rd. 10 %)
- | Eltern und andere Erziehungsberechtigte (rd. 6 %)
- | Pädagogische Fachkräfte (rd. 3 %)
- | Rechtsextrem orientierte Jugendliche (<1 %)

Die erfolgte Ansprache bzw. Einbindung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie zu lokal einflussreichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bezeichnete Dr. Lüders als erfreulich. Für die Stärkung nachhaltiger Strukturen sei das Engagement und das Zusammenwirken der lokalen Akteure sowohl von staatlicher wie auch zivilgesellschaftlicher Seite von zentraler Bedeutung.

Noch entwicklungsfähig sei, dass etwa 10 % der LAP Jugendliche aus „bildungsfernen Milieus“ und nur 1 % rechtsextrem affine Jugendliche als Zielgruppen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt hätten. Zweifelsohne seien mit diesen Zielgruppen besondere fachliche Herausforderung und Zugangsprobleme verbunden; nichtsdestoweniger würde es sich dabei um Gruppen Jugendlicher handeln, die neben den sogenannten „wohlstandschauvinistischen“ Jugendlichen mit Abstiegsängsten besonders anfällig für rechte Ideologien seien und denen deshalb eine erhöhte präventive Aufmerksamkeit gelten müsste. Bundesweit haben sich die LAP



als Instrument zur Verbesserung des Zusammenwirkens zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren und zur Anregung und Stärkung entsprechender Netzwerke bewährt. LAP haben an vielen Orten sowohl ein erstes Kennenlernen zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure als auch die Einrichtung langfristiger Netzwerke ermöglicht. Sogar bisher themenfremde Akteure, wie die freiwillige Feuerwehr, beteiligten sich durch die LAP an der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und öffneten sich entsprechenden Angeboten, erläuterte Dr. Lüders.

Positiv sei auch zu bewerten, dass Kommunen mit LAP ihre Reaktions- und Mobilisierungsfähigkeit gegenüber rechtsextremen Vorfällen verbessern konnten und nun in der Lage sind, schneller und kompetenter zu reagieren und zu mobilisieren. Vor diesem Hintergrund könnten LAP – metaphorisch gesprochen – als „ein Stück Vitamin C“ gegen Rechtsextremismus betrachtet werden, erklärte Dr. Lüders. Trotz Wirksamkeit und etablierter Strukturen bleibe nun die Herausforderung, das erworbene Wissen gezielt in kommunale Verwaltungsstrukturen zu vermitteln und eine höhere Breitenwirksamkeit zu erreichen.

Beratungsnetzwerke

Geschaffen wurde eine flächendeckende Beratungsinfrastruktur, die teilweise durch zentrale, teils durch dezentrale Steuerungsmodelle gekennzeichnet ist. Diese bundesweite Infrastruktur,

erläuterte Dr. Lüders, diene dazu, Lücken in der Vernetzung von zivilgesellschaftlichem und staatlichem Engagement auf Länderebene zu schließen. Landesnetzwerke und Landeskoordinierungsstellen seien in allen Ländern zusammen mit den Angeboten der Mobilen Beratung und Opferberatung zu wichtigen Instanzen der Intervention und Prävention in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus geworden. Festzustellen sei außerdem eine erhebliche Verbesserung der Beratungskompetenz.

Als Herausforderung benannte Dr. Lüders die großen regionalen Unterschiede in Bezug auf die Verfügbarkeit von spezialisierter Beratung für Opfer von rechtsextremer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Gewalt im Rahmen des Programms. Ein Problem sei dabei, dass die Regel-Opferberatungen häufig oft nicht genug Erfahrung und Kompetenz in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus mitbrächten. Der Ausbau und die Verfügbarkeit spezialisierter Opferberatung sei somit nach wie vor von hoher Bedeutung.

Modellprojekte

Im Rahmen der vier durch das Programm vorgegebenen Themencluster wurden insgesamt 52 Modellprojekte (MP) gefördert:

- | Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus (14 MP)
- | Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen (14 MP)
- | Zusammenleben in der Integrationsgesellschaft (12 MP)
- | Vielfalt und Differenz im Elementarbereich (12 MP)

Ziel der Modellprojekte, so Dr. Lüders, sei es gewesen, im Zusammenhang mit fachlichen Weiterentwicklungsbedarfen im Feld der Kinder- und Jugendhilfe neue Zugänge und Konzepte auszuprobieren, um daraus neue pädagogische Strategien etwa für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen implementieren zu können. Besonders wichtig ist, dass mit den Modellprojekten ein Raum zum Ausprobieren geschaffen wurde; erste Ideen und Experimente durften auch scheitern und es gab die Möglichkeit, aus Fehlern zu lernen.

Erfolgreich entwickelt wurden genderspezifische Handlungsstrategien für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Zielgruppen sowie pädagogische Strategien zum Abbau ethnisierten Konflikte. Im Bereich Antisemitismusprävention ist hervorzuheben, dass es gelang, auch mit vorrangig muslimischen Jugendlichen zum sensiblen Thema Nahostkonflikt zu arbeiten. Modellprojekte seien zwar auf Zeit angelegt, könnten aber trotzdem nachhaltig wirken, indem sie Informatio-

nen und Erkenntnisse für die Fachöffentlichkeit aufbereiteten und Wissen gebündelt weitergaben. Dieser Transfer geschah auch im Rahmen des Programms. Die Formen, erklärte Dr. Lüders, reichten dabei von Handreichungen und Lernmaterialien, über Fachaufsätze und Weiterbildungen bis hin zu Internetplattformen. Darüber hinaus haben 20 der insgesamt 52 Modellprojekte eine Anschlussfinanzierung akquirieren können, wobei Modellprojekte, deren Handlungsfelder in originärer Verantwortung der Kommunen liegen, eine höhere Chance auf regelhafte Finanzierung hätten.

Als wünschenswert nannte Dr. Lüders abschließend, dass Erfolge ebenso wie Fehler ausgewertet und sichtbar gemacht würden, um die Ergebnisse in die bundesweite Fachdiskussion einbinden und damit aus ihnen lernen zu können.

„Initiative Demokratie Stärken“

Die insgesamt 40 Modellprojekte teilen sich auf in 15 im Handlungsfeld „Linksextremismus“, 22 im Handlungsfeld „islamistischer Extremismus“ sowie drei, die beide Handlungsfelder zum Thema haben. Dr. Lüders hob hervor, dass der Extremismusbegriff sich als schwieriger und teilweise praxiserschwerender Leitbegriff gezeigt habe. Darüber hinaus habe es große Wissensdefizite in Bezug auf die Phänomenbereiche gegeben, da es sich sowohl in Bezug auf die Forschung wie auch die pädagogische Praxis weitgehend um Neuland gehandelt habe.

Vor allem die in Bezug auf die bislang vorherrschenden jugendpolitischen Schwerpunkte erstmalige bzw. ausschließliche programmpolitische Adressierung muslimischer Jugendliche unter dem Themenschwerpunkt „islamischer Extremismus“ bezeichnete Dr. Lüders als unglücklich. Ausdrücklich hob er jedoch hervor, dass es trotz der problematischen Begrifflichkeit gelungen sei, dass die Modellprojekte wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse gewonnen hätten. Die Analyse der Programmumsetzung zeigt, dass sich die Mehrheit der Modellprojekte im Programmbereich „islamistischer Extremismus“ auf den Aspekt „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft und Abbau von Polarisierungstendenzen“ konzentriert hat.

Darüber hinaus gab es die eigenständige Erweiterung des Programmfokus, indem einige Projekte auch das Thema Islamfeindlichkeit aufgriffen, die einen nicht zu vernachlässigenden Resonanzboden für die Entstehung islamistischer Tendenzen bei jungen Musliminnen und Muslimen darstellen dürfte. Dr. Lüders betonte, dass diese – durch die geförderten Projekte vorgenommene – Erweiterung auch für zukünftige Programme in Betracht gezogen werden solle. Die Mehrheit der Modellprojekte im Bereich „Linksextremismus“ bewegte sich im Bereich

politischer Bildung. Erfreulich, so Dr. Lüders, sei das breite Spektrum an Praxisansätzen gewesen. Von medienpädagogischen Ansätzen bis hin zu unterschiedlichen Konzepten und Formen der Demokratiebildung wurden hier unterschiedliche Zugänge und Praxisansätze erprobt. Aufgrund der Ausrichtung auf Demokratie- und Toleranzförderung habe die Kernzielgruppe auch im Programm IDS mehrheitlich aus noch nicht radikalisierten jungen Menschen bestanden.

Einige Modellprojekte agierten nicht nur klassisch als Praxisprojekte, sondern entwickelten eigene Forschungsanteile, um Wissen zu generieren und pädagogische Praxisbedarfe zu analysieren. So wurden beispielsweise islamistische und linksextremistische Internetangebote analysiert, um Jugendschutzgefährdungen besser einschätzen und ihnen entgegenwirken zu können. Ergänzt wurde dies von Seiten des Ministeriums durch die Förderung von zwei originären Forschungsprojekten:

- | Zwischen Gesellschaftskritik und Militanz: Politisches Engagement, biografische Verläufe und Handlungsorientierungen von Jugendlichen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen
- | Faszinierungsprozesse – religiös motivierte und geschlechtsspezifisch geformte Reaktionen junger Menschen auf islamische Predigten

Dr. Lüders berichtete, dass beide Projekte sich aktuell in der Phase der Berichterstellung befänden. Da es bisher kaum Forschungsarbeit in den beiden Feldern gebe, müssten die Ergebnisse sorgsam fachlich bewertet werden. Gesagt werden könne jedoch, dass es beiden Projekten gelungen sei, spezifische Zugänge zu jungen Menschen zu finden, Verlaufsprozesse zu rekonstruieren sowie Hintergründe und Hinwendungsmotivationen sichtbar zu machen. Insgesamt, erklärte Dr. Lüders, zeichne sich eine große Heterogenität der Wege in die Szenen, der Hintergründe und Verläufe ab.

Fazit

Mit beiden Programmen wurde eine demokratie- und integrationsfördernde Praxis im Jugendalter auf unterschiedlichen Ebenen angeregt und unterstützt und die Präventionspraxis gegen Rechtsextremismus gestärkt, erklärte Dr. Lüders. Jetzt gelte es aus den Erfahrungen der Programme zu lernen, Herausforderungen anzunehmen und neu zu gewichten. Nicht zuletzt sollten stärker als bisher Ansätze zur Arbeit mit affinen Jugendliche erprobt und weiterentwickelt werden.

Rede Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für Demokratie und Vielfalt!

I.

Wir sind hier im Café Moskau, mitten im Stadtteil Friedrichshain, der ebenfalls für seine Vielfalt und Kreativität bekannt ist. Unterschiedliche Menschen, Sprachen, Kulturen und Begegnungen scheinen in diesem Teil Berlins so selbstverständlich wie an kaum einem anderen Ort in Deutschland. Trotzdem passiert es auch hier: Vor gut einer Woche wurde im Volkspark Friedrichshain, ein paar Minuten von hier, eine Frau aus Gabun beim Joggen angegriffen. Ein

Unbekannter schlug ihr mehrfach ins Gesicht und beleidigte sie rassistisch. Die 44-Jährige erlitt Prellungen, Hämatome und Platzwunden im Gesicht und musste ambulant in einem Krankenhaus behandelt werden. Sie wissen, dass das kein Einzelfall ist. Sie führen ihn täglich, den Kampf gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt. Dafür danke ich Ihnen gleich zu Beginn meiner Rede und spreche Ihnen von ganzem Herzen meinen Respekt aus!

Es ist kein leichter Kampf. Sich gegen rechts zu engagieren, ist oft unbequem, braucht Hartnäckigkeit, Optimismus und manchmal auch Mut. Sie zeigen diesen Mut, oft schon seit vielen Jahren, und das ist wichtig. Sie fahren mit Mobilien Beratungsteams durchs Land, beraten Opfer oder arbeiten in Ausstiegsprojekten mit. Sie gestalten Projekte mit Jugendlichen, entwickeln Materialien, machen Ausstellungen, fördern den interreligiösen oder interkulturellen Dialog und vieles mehr.

Mir liegt die Bekämpfung des Rechtsextremismus am Herzen, seit ich politisch tätig bin. Ich lebe dort, wo die Probleme sind. Ich habe erlebt, wie sich die Rechtsextremen in den Dörfern einnisten. Und ich habe gelernt, dass wir das Thema Rechtsextremismus nicht unter den Teppich kehren dürfen. Ich habe die NPD auch im Landtag erlebt. In Mecklenburg-Vorpommern sitzt die NPD seit 2006 im Parlament und hat erst Anfang Juni beim Tag der offenen Tür mit ihrer Zeitung „Ordnungsruf“ gegen den Euro gehetzt, gegen Sinti und Roma und gegen Flüchtlinge. Ich nenne die Gefährlichkeit der Rechten beim Wort und lasse mir das Wort nicht verbieten –

auch nicht per Unterlassungsklage, wie es der NPD-Vorsitzende, Herr Pastörs, jetzt versucht. Ich bleibe dabei: Es muss Ziel der Landtagswahl in Thüringen sein, die NPD aus dem Parlament zu halten. Denn Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind Gift für unsere Demokratie und Gift für unser Land. Ich will im Bereich Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung einen Neuanfang.

Meine Botschaften an Sie sind: Vertrauen, Planungssicherheit und Dialog.

- | Vertrauen: Ich will die Menschen unterstützen, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen. Kein Generalverdacht gegen Initiativen gegen rechts.
- | Planungssicherheit: Ich will bewährte Strukturen nachhaltig stärken. Keine Projektitis.
- | Dialog: Ich bleibe im Gespräch mit den Aktiven vor Ort. Ich will ihnen zuhören und ihr Können nutzen.

Die Abschaffung der Extremismusklausel war der erste Schritt auf diesem Weg. Der nächste Schritt ist heute unser Thema: Ab dem 1. Januar 2015 wird es ein neues Bundesprogramm geben. Nicht mehr zwei wie bisher. Ein Programm, das für Demokratie und für Vielfalt steht. Unter dem Motto „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ setzte Willy Brandt Anfang der siebziger Jahre innenpolitische Reformen in der Bundesrepublik durch, die viele Bürger ermutigten, selbst politisch aktiv zu werden. Wir wollen nicht mehr nur Demokratie wagen, wir wollen Demokratie leben!

Das neue Bundesprogramm trägt darum genau diesen Titel: „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Ich freue mich, dass ich Ihnen heute die Schwerpunkte des neuen Programms vorstellen kann, und möchte Sie einladen, es weiter konstruktiv und kritisch zu begleiten.

II.

Im konstruktiven Austausch ist das neue Programm auch entstanden. Mir war von Anfang an ein dialogorientierter Prozess wichtig. Das gilt für mich persönlich, aber auch für meinen Staatssekretär und für unsere Fachleute in der Fachabteilung. Wir haben uns dafür organisatorisch und personell neu aufgestellt. Das Thema Demokratie und Vielfalt ist jetzt – wie die gesamte Engagementpolitik – in der Zentralabteilung angedockt und damit deutlich aufgewertet. Ich verspreche Ihnen: Diese Dialogorientierung werden wir weiterführen. Denn auch bei der Umsetzung möchte ich Ihre Kompetenz einbeziehen.
Demokratie leben: Das ist unser gemeinsames Dach.

III.

Dieses Dach und damit das neue Bundesprogramm wird von 3 Säulen getragen:

1. Wir stärken erfolgreiche und nachhaltige Strukturen.
2. Wir fördern Modellprojekte zu neuen Herausforderungen und geben ihnen mehr Flexibilität.
3. Wir steuern das Programm effektiv und dialogorientiert.

Dafür stehen insgesamt zirka 30,5 Millionen Euro zur Verfügung. Was haben wir genau vor? Bei der inhaltlichen Neukonzeption war mir die Stärkung des Engagements vor Ort am wichtigsten. Wir brauchen Menschen, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen, die Gesicht zeigen und Flagge zeigen, und zwar überall, von Schwerin bis Rosenheim, von Aachen bis Görlitz. Aber diese Menschen brauchen den Rückhalt starker Strukturen. Bündnispartner, die Kraft geben. Netzwerke, in denen Ressourcen gebündelt werden. Organisationen, die dauerhaft arbeiten. Wir müssen den Menschen, die sich engagieren, den Rücken stärken. Und zwar in den Kommunen, in den Ländern und auf Bundesebene. Nur wenn alle drei Ebenen sich verzahnen, werden wir vor Ort erfolgreich sein.

Auf kommunaler Ebene wollen wir die erfolgreiche Arbeit der Lokalen Aktionspläne fortsetzen und ausbauen. Aus Lokalen Aktionsplänen werden „Partnerschaften für Demokratie“. Partner sind weiterhin alle staatlichen und demokratischen nichtstaatlichen Organisationen und Institutionen. So wie in Bremerhaven. Dort hat sich die Stadt mit den Kirchen, Vereinen und Verbänden, aber auch mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern an einen Tisch gesetzt. Was sind die Probleme bei uns? war die Frage. Die NPD war im Stadtrat, aber es gab auch Schwierigkeiten mit der Integration. Also wurden Projekte entwickelt. Jugendliche haben Bierdeckel gegen rechte Parolen selbst gestaltet und in Kneipen verteilt.

Für Familien mit Migrationshintergrund wurde ein neues Beratungsangebot geschaffen: Welche Möglichkeiten gibt es für mein Kind? Damit solche Partnerschaften sich weiterentwickeln können, werden wir die Arbeit der Koordinierungs- und Fachstellen auf lokaler Ebene für die kommenden fünf Jahre fördern. Damit gibt es jetzt endlich mehr Planungssicherheit.

Alle Fraktionen haben am 20. Februar im Deutschen Bundestag genau das gefordert. Neuordnung und Verstärkung der Unterstützung durch den Bund, Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Wir setzen das jetzt um. Ein Aktions- und Initiativfonds wird zudem Projekte vor Ort unkompliziert ermöglichen. Da geht es manchmal um nicht mehr als 300 Euro für ein Bürgerfest, das einem Pressefest der NPD entgegengestellt wird. Außerdem will ich Jugendliche über einen

Jugendfonds beteiligen. Es sind vielfach Jugendliche, die sich für Vielfalt und gegen rechts einsetzen. Sie müssen mitbestimmen, Ideen entwickeln und umsetzen dürfen.

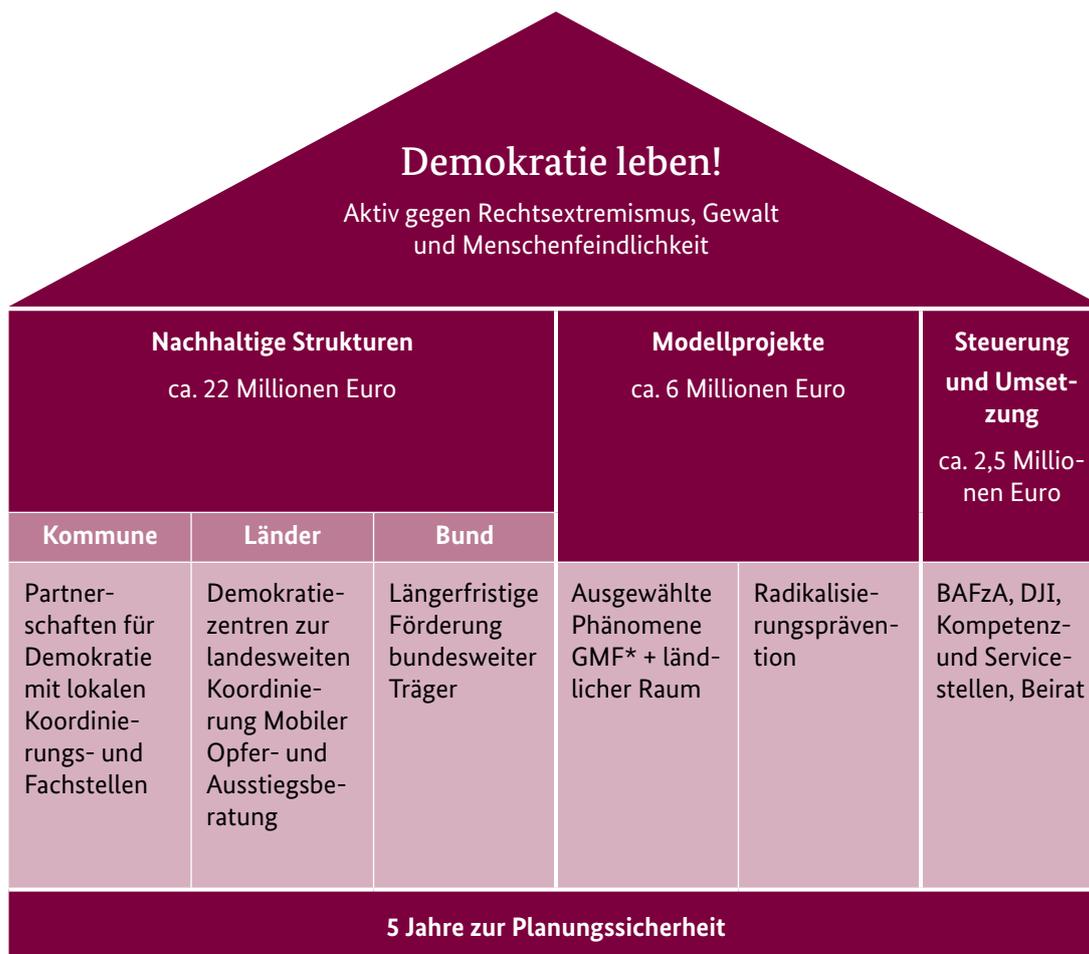
Die „Partnerschaften für Demokratie“ ermöglichen allen erfolgreichen Lokalen Aktionsplänen, ihre Arbeit weiterzuentwickeln. Alle Lokalen Aktionspläne können sich für das neue Programm wieder bewerben. Wir schaffen es aber jetzt, 50 „Partnerschaften für Demokratie“ zusätzlich zu finanzieren – insgesamt bald bis zu 220. Mit den neuen Partnerschaften müssen wir vor allem den Westen ins Boot bekommen. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind keine ost-deutschen Phänomene, sondern gesellschaftliche Probleme, die auch in Dortmund oder Saarbrücken auftreten. Das wissen wir nicht erst seit dem NSU!

Deshalb steht für die Stärkung nachhaltiger Strukturen insgesamt mehr Geld zur Verfügung als bisher. Auf Landesebene wollen wir die Beratungsnetzwerke gemeinsam mit den Ländern zu Koordinierungs- und Vernetzungsstellen weiterentwickeln. Mein Ziel ist es, dass es in jedem Bundesland „Demokratiezentren“ gibt, die Interventions- und Präventionsarbeit leisten. Der NSU-Untersuchungsausschuss hat die hervorragende Arbeit der Mobilen Beratung, der Opferberatung und der Arbeit mit Aussteigern ausdrücklich bestätigt.

Ein kleiner Ort in Thüringen, Kirchheim, hat in diesem Jahr den Thüringer Demokratiepreis für sein Bündnis „Kirchheimer gegen rechts“ gewonnen. In Kirchheim haben Rechtsextreme ein Gebäude gekauft und zum Veranstaltungsort umgebaut. Seitdem kommen immer wieder Rechtsextreme in diesen Ort. Die Einwohner setzen sich dagegen zur Wehr – mit Protesten, Plakaten, unter Beteiligung des Oberbürgermeisters und mit Unterstützung aus den Nachbargemeinden. Und mit Unterstützung der Mobilen Beratung: Ohne die, sagen die Kirchheimer selbst, hätten sie ihren Widerstand nicht so gut organisieren können!

Die Mobile Beratung fährt auch an eine Universität in einer nordrhein-westfälischen Großstadt und erklärt einem Hörsaal von Professoren, welche Möglichkeiten sie haben, mit einem bekannten NPD-Funktionär umzugehen, der in ihren Juraseminaren sitzt. Ignorieren? Konfrontieren? Ausgrenzen? Auch kluge Professorinnen und Professoren brauchen an dieser Stelle die gebündelte Erfahrung der Mobilen Beratung.

Gemeinsam mit den Ländern: Wir arbeiten nicht gegeneinander, wir schaffen keine Doppelstrukturen. Dort, wo es Landesprogramme gibt, will ich sie mit dem Bundesprogramm effektiv unterstützen. Die „Demokratiezentren“ sollen die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien auf Landesebene unterstützen und für eine Vernetzung mit der lokalen Ebene sorgen.



* Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Für diese Vernetzungsarbeit fehlt oft das Geld, weil sie nicht in die Förderlogik einzelner Programme passt. Das wollen wir ändern, und deshalb setzen wir für Vernetzung mehr Geld ein als bisher. Auf Bundesebene wollen wir außerdem erstmals bis zu 15 bundesweite Träger längerfristig fördern. Dafür stehen 3 Millionen Euro zur Verfügung. Es haben sich erfolgreiche überregionale Strukturen gebildet. So wie die Amadeu Antonio Stiftung, die unter anderem mit dem no-nazi.net ein umfassendes Monitoring rechtsextremer Aktivitäten in sozialen Netzwerken aufgebaut hat. Diese und andere ebenso wertvolle Strukturen müssen langfristig gesichert werden.

Mit

! den „Partnerschaften für Demokratie“,

! den „Demokratiezentren“

! und der Förderung bundesweiter Träger

stärken wir nachhaltig die Strukturen im Kampf gegen Rechtsextremismus für die kommenden fünf Jahre. Zwei Drittel der Mittel des neuen Programms werden in feste Strukturen investiert. Mit der Perspektive der Verstetigung: Wir werden die fünf Jahre nutzen, um weiter in Richtung einer dauerhaften Förderung zu kommen!

Mehr Planungssicherheit, mehr Mittel, mehr Vernetzung, mehr Flexibilität und eine noch stärkere lokale Verankerung: Das ist die erste Säule von „Demokratie leben!“.

IV.

Die zweite Säule unseres gemeinsamen Hauses wird aus Modellprojekten bestehen. Wir brauchen feste Beratungsstrukturen. Aber vor Ort muss auch flexibles Handeln möglich sein. Modellprojekte sollen sich Herausforderungen widmen, die in sich sehr unterschiedlich sind, aber eines gemeinsam haben: Menschen werden abgelehnt, weil sie einer bestimmten Gruppe angehören. Wir sprechen von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Dazu zählen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und Homophobie. Weiterhin soll es Modellprojekte für den ländlichen Raum geben, wo es oft spezielle Problemlagen gibt.

Das Programm „Demokratie leben!“ ist ein Programm mit dem Schwerpunkt: Kampf gegen Rechtsextremismus! Aber natürlich sollen auch zukünftig Projekte gefördert werden, die sich gegen alle Formen von vorurteilsbasierter, politisch und weltanschaulich motivierter Gewalt wenden. Dazu zählen neben dem Rechtsextremismus auch radikale, demokratie- bzw. rechtsstaatsfeindliche Formen des Islam, der Ultrationalismus und die linke Militanz.

Der Vorwurf, dass ich die Augen vor einem militanten linken Milieu verschließe, ist also falsch. Ich wende mich gegen die Radikalisierung jeder politischen Strömung. Aber die bisherigen Programme gegen linke Militanz waren einfach nicht erfolgreich! Sie haben weder ihre Zielgruppe gefunden noch die Probleme getroffen. Sie waren mehr oder weniger wirkungslos. Das heißt nicht, dass wir nichts tun können. Aber wir müssen neu überlegen, was wir tun können. Ich will in Zukunft Modellprojekte fördern, die Radikalisierungsprozessen wirksame Prävention entgegensetzen. Welches Problem mit Radikalisierungstendenzen es gibt und welche Modellprojekte helfen könnten, muss lokal entschieden werden. Das kann in Hamburg anders sein als

in Vorpommern. In diesem Zusammenhang will ich eines klarstellen: Das Anliegen, Demokratie und Vielfalt zu leben, können wir nicht an ein einzelnes Bundesprogramm delegieren. Rechte Rattenfänger finden dort Zulauf, wo Jugend- und Kulturarbeit wegbrechen. Sie finden dann Gehör, wenn Menschen keine Arbeit finden und sich sozial abgehängt fühlen.

Politik für Demokratie und Vielfalt muss auch Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sein, Bildungspolitik in Kitas und Schulen, eine gute Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe, politische und kulturelle Bildung. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Damit will ich die Bedeutung unseres Programms nicht kleinmachen. Dieses Programm packt den Stier bei den Hörnern. Es geht Probleme direkt an. Das ist wichtig und nötig. Aber Sie werden vor Ort desto mehr Erfolg haben, je besser wir auf allen Gebieten für eine soziale und gerechte Gesellschaft, für ein offenes und vielfältiges Land arbeiten.

V.

Die dritte Säule ist die der Steuerung und Umsetzung. Das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wird in bewährter Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben und dem Deutschen Jugendinstitut umgesetzt. Beiden Institutionen danke ich sehr für die bisher geleistete, ausgezeichnete Arbeit. So wichtig nämlich dauerhafte Strukturen auf lokaler Ebene sind, so wichtig ist ein effizienter und dialogorientierter Steuerungsprozess für das gesamte Programm.

Diese dritte Säule trägt ebenso viel zum Erfolg bei wie die inhaltlichen Komponenten. Danke also an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im BAFzA, Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im DJI: Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit! Außerdem ist mir die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesregierung wichtig. Wir werden einen Programmbeirat einrichten, in dem neben den Bundesressorts auch die Bundeszentrale für politische Bildung, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die Zivilgesellschaft mitarbeiten werden.

Zu einer effizienten Steuerung gehört, dass man nur das behält, was man braucht. Das BIKnetz werden wir nicht weiterführen. Das BIKnetz hat dazu beigetragen, den Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen aus der Versenkung zu holen. Im Dialog mit vielen Akteuren hat sich aber herausgestellt, dass das BIKnetz neben den Angeboten der Träger zum Teil eine Parallelstruktur war und die Angebote zu wenig nachgefragt wurden. Ich will stattdessen eine Kompetenz- und Servicestelle einrichten, die bisher gesammeltes Wissen weiter nutzt, aufbereitet und zur Verfügung stellt, den Fachaustausch und bundesweite Programmkonferenzen organisiert.

VI.

Rechtsextremismusprävention, die Arbeit gegen Gewalt und für Demokratie, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Staat und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten müssen.

Respekt, die Anerkennung von Vielfalt und Gleichwertigkeit aller Menschen sind die Basis.

Die Qualität einer Demokratie misst sich nicht zuletzt an diesen Werten. Nirgendwo dürfen wir ignorieren, wegschauen oder verschweigen, wenn diese Werte verletzt werden. Gleich von welcher Ideologie. Unser Land benötigt Demokratinnen und Demokraten, die Freiheit und Vielfalt bewahren helfen. Menschen, die Demokratie leben und Demokratie verteidigen.

Mit dem neuen Bundesprogramm möchte ich die Strukturen dafür schaffen. Feste, dauerhafte Strukturen, die in der Fläche wirken. Ich will den Rechtsextremismus ernsthaft bekämpfen.

Und ich will zu einer neuen Form des Miteinanders kommen: Vertrauen, Planungssicherheit und Dialog. Denn nur gemeinsam sind wir stark. Nur gemeinsam werden wir die Ziele erreichen, für die wir streiten.

Ich bin zuversichtlich, dass dies mit Ihnen allen auch gelingen wird. Lassen Sie uns neu durchstarten!

Abschlussrede Thomas Heppener, Leiter des Referats „Demokratie und Vielfalt“



Das Schlusswort der Fachtagung „Gemeinsam stark für Demokratie und Vielfalt“ hielt Thomas Heppener als neuer Leiter des Referats „Demokratie und Vielfalt“. Nachdem zuvor die Moderatorinnen und Moderatoren der Fachforen Inhalte und Ergebnisse der einzelnen Fachforen präsentiert hatten, referierte er über den Arbeitsstand und die weiteren Entwicklungen bei der Ausgestaltung des neuen Bundesprogramms.

Die vielen Hinweise, Anregungen und Wünsche, die auf der Fachtagung zur Sprache gekommen waren, würden mit in die Diskussion aufgenommen, auch wenn natürlich nicht alle Forderungen berücksichtigt werden könnten.

Der Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Projekten solle weitergeführt werden, indem die Ergebnisse der Fachforen in die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Programmsäulen einfließen.



Toleranz künstlerisch leben

LAP Dinslaken – Projekt des Berufskollegs Dinslaken



Tanztheater „Augen auf“

Vor dem Hintergrund der Judenpogrome von Dinslaken im November 1938, während derer jüdische Kinder vor den Augen ihrer Mitbürger aus der Stadt vertrieben und deportiert wurden, entwickelte der Choreograf Stefan Braemer-Jostes mit Schülerinnen und Schülern des Berufskollegs Dinslaken eine eindringliche Tanztheater-Performance. Ein professionelles Video soll über Plattformen wie YouTube andere Jugendliche am Projekt teilhaben lassen.

www.berufskolleg-dinslaken.de
(Suche: „Augen auf“)



LAP Eichsfeld – Projekt der Lebenshilfe Leinefelde-Worbis



Musikprojekt „Es ist gut, dass wir verschieden sind“

Gemeinsam mit lokalen Musikern haben sich Menschen mit und ohne Behinderung unterschiedlichsten Alters der Lebenshilfe Leinefelde-Worbis zusammengetan und ein Musikprojekt entwickelt, das den Gedanken der Inklusion vorbildlich lebt. In zwölf Songs, die von den Akteuren gemeinsam komponiert und getextet wurden, geht es um Toleranz, um das Anderssein und den Wunsch nach Anerkennung. Mit dem Lokalen Aktionsplan Eichsfeld erhielt das Projekt die entscheidende finanzielle Basis.



www.lebenshilfe-leinefelde-worbis.de
(Vereine/Projekte)



Fachforen

Fachforum 1

Nachhaltigkeit – wie wirken Modellprojekte?



1.1 Fachforum am Vormittag

Das Fachforum 1 zum Thema Nachhaltigkeit von Modellprojekten setzte sich im ersten Teil das Ziel, mögliche Nachhaltigkeitsstrategien für den Transfer von Erfahrungen und Handlungsansätzen aus Modellprojekten in die Regelpraxis zu erörtern. Um die Bandbreite der Nachhaltigkeitsstrategien aufzuzeigen, wurden die Ergebnisse von Nachhaltigkeitsbefragungen der wissenschaftlichen Begleitung sowie von drei Einzelprojekten vorgestellt.

1.1.1 Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

Referentinnen und Referenten:

Dr. Susanne Giel, Verena Droste,
Enrico Glaser, Rolf Graser

Moderation:

Olaf Ebert

Dr. Susanne Giel, Projektleiterin der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN, stellte die Ergebnisse der Nachhaltigkeitsbefragung vor, die in Form von Telefoninterviews mit 51 geförderten Modellprojekten durchgeführt wurde. Aus der Befragung ergaben sich drei typische Wege der Nachhaltigkeit, die teilweise miteinander verwoben seien: Verbreitung, Transfer und Verstetigung.

Verbreitung

Dr. Giel erläuterte, dass die Verbreitung von Erfahrungen, Wissen, Erkenntnissen und erprobten Instrumenten dabei die am häufigsten angewandte und zentrale Nachhaltigkeitsstrategie sei. Beispielsweise werden Produkte, die im Rahmen des Projekts erarbeitet oder erstellt wurden (z. B. Ausstellungen, Filme, Theaterproduktionen, Printmedien), weiterverbreitet und auch nach der Projektlaufzeit zur Verfügung gestellt.

Auch die Homepages der Träger oder eigens entwickelte Internetportale und Lernumgebungen werden dazu genutzt, Erfahrungen oder Arbeitsweisen zu veröffentlichen und anderen zugänglich zu machen. Ebenso spielen die mündliche Weitergabe von Wissen und Erfahrung auf Konferenzen und Fachveranstaltungen eine



wichtige Rolle und auch die Strategie der Gremien- und Netzwerkarbeit sei zentral für die Verbreitung und damit für die nachhaltige Wirkung eines Projekts. Häufig werden außerdem Wissen, Methoden und Handlungsansätze in Form von Qualifizierung an Fachkräfte vermittelt, die so als Multiplikatoren befähigt werden.

Transfer

Im Anschluss erläuterte Dr. Giel die Strategien zum Transfer der Modellprojektsansätze. Dabei ginge es beispielsweise darum, Arbeitsweisen eines Modellprojekts auf andere Zielgruppen zu übertragen, z. B. Handlungsansätze aus der Arbeit mit Jugendlichen auf Erwachsenengruppen. Auch das Erproben eines Projekts an anderen Orten sei eine Transferstrategie, wobei häufig Anpassungen oder Veränderungen der Projektstrukturen notwendig seien. Erfahrungen und Erkenntnisse aus Modellprojekten werden teilweise in andere gesellschaftliche Bereiche, andere Regionen oder sogar international transferiert.

Verstetigung

Ob die Verstetigung von Modellprojekten gelingt, hänge häufig von zugänglichen Finanzierungsquellen der Projekte ab. Dr. Giel wies darauf hin, dass eine Anschlussfinanzierung aufgrund fehlender Finanzierungsstrukturen in Ländern und Kommunen häufig schwierig sei, vor allem wenn viele Programme gleichzeitig auslaufen. Einigen Modellprojekträgern ist dennoch eine Anschlussfinanzierung gelungen. Andere können durch kleinteilige Finanzierungen zumindest Teile des Projekts weiter umsetzen und verstetigen. Eine Verstetigung der Modellprojekte zeige sich außerdem häufig in den Strukturen der Träger selbst, bei denen sich Themensetzungen, Handlungsschwerpunkte oder Standards langfristig verändert haben, oder auch in den kooperierenden Institutionen und Organisationen, in denen neue Arbeitsweisen eingeführt und beibehalten werden.

Fazit

Dr. Giel zog aus den Telefoninterviews das Fazit, dass es durchaus vielfältige und innovative Ideen gibt, Wissen, Erfahrungen und Kompetenzen, die im Rahmen von Modellprojekten gemacht bzw. erworben wurden, zu verbreiten oder zu verstetigen. Häufig sei aber auch das Problem der fehlenden Finanzierungsquellen sichtbar geworden.



**Wissens- und Erfahrungsaustausch
sichern Nachhaltigkeit**

1.1.2. Erfahrungen ausgewählter Modellprojekttträger

Im Anschluss an Dr. Giels Präsentation der Ergebnisse aus der Nachhaltigkeitsbefragung stellte Verena Droste, Mitarbeiterin des Multikulturellen Forums Lünen, das Modellprojekt „Hallo! Schalom! Selam! Privjet! Gemeinsam gegen Vorurteile“ und ihre Nachhaltigkeitsstrategien vor. Außerschulische Begegnungen zwischen alevitischen, muslimischen und jüdischen Jugendlichen sollten einen Austausch unterschiedlicher Religionsgemeinschaften fördern, das Wissen der Jugendlichen erweitern und zum Abbau von Vorurteilen beitragen.

Droste präsentierte den Teilnehmenden einen Film, der im Rahmen des Projekts mit den Jugendlichen gedreht wurde, und merkte an, dass dessen starke Weiterverbreitung beispielsweise in Schulen oder auf Jugendkonferenzen wesentlich zur nachhaltigen Wirkung des Projekts beigetragen habe.

Noch wichtiger für die Nachhaltigkeit des Modellprojekts seien aber die Jugendlichen selbst, deren Haltungen sich durch die Begegnungen grundlegend verändert hätten. Die Jugendlichen träten als bedeutende Multiplikatoren auf, indem sie das Projekt, die Idee, die dahinter steht und ihre eigenen Erfahrungen selbst bei Geschwistern oder in der Schule und im Freundeskreis weiterverbreiten.

Qualifizierung und Kooperationen

Enrico Glaser von der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) e.V. stellte im Fachforum 1 die Nachhaltigkeitsstrategien aus dem Modellprojekt „Mut vor Ort – Arbeit mit Rechten, Jungen und Mädchen“ vor. Das Projekt bestand in der Qualifizierung und Beratung von Fachkräften aus der Jugendarbeit in Sachsen im Bereich der geschlechterreflektierenden Neonazismusprävention.

Ein Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategien habe in der Struktur des Projekts selbst gelegen, das heißt in der Weiterbildung und Qualifizierung der Fachkräfte. Dadurch sei nachhaltig Einfluss auf die Arbeit in den Jugendeinrichtungen genommen worden. Die Fachkräfte stünden über den Modellprojektzeitraum hinaus weiterhin als Experten zur Verfügung und könnten als solche auch auf überörtlichen Transferveranstaltungen auftreten. Als zweiten wichtigen Aspekt für eine nachhaltige Wirkung des Projekts führte Glaser Kooperationsvereinbarungen und

”

Jugendliche zu
Multiplikatoren
machen

Netzwerkarbeit auf, um Austausch, Ergänzung sowie eine Anschlussfähigkeit des Themas zu ermöglichen.

Um eine Nachhaltigkeit zu gewährleisten, sei es außerdem notwendig, Team-Reflexionsräume zu schaffen, Leitungen und Vorstände der Träger mit einzubeziehen, die Konzepte der Einrichtungen teilweise zu überarbeiten sowie Nachhaltigkeitstermine mit den zu beratenden Standorten zu vereinbaren.



Rassismus, Vorurteile und Kulturalisierung von Konflikten auch in Migrantencommunities thematisieren

Strukturstärkung und Sensibilisierung

Zuletzt stellte Rolf Graser, Geschäftsführer des Forums der Kulturen in Stuttgart, seine Nachhaltigkeitserfahrungen aus dem Modellprojekt „Gemeinsam engagiert und kreativ: Präventiver Umgang mit der Ethnisierung von Konflikten“ vor. Das Projekt hat es sich zur Aufgabe gemacht, Rassismus, Vorurteile und Kulturalisierung von Konflikten auch innerhalb von Migrantencommunities zu thematisieren.

Graser vertrat den Standpunkt, dass die Strukturen der Organisationen oder Träger selbst der zentrale Aspekt für eine nachhaltige Wirkung von Projekten seien. Die jeweiligen Schwerpunkte der Projekte müssen unbedingt tief in der Alltagsstruktur der Organisationen verankert sein, eine thematische Loskopplung von Organisationen und Projekten sei für eine langfristige Wirkung nicht förderlich. Strukturstärkungen sollten daher in Zukunft intensiver gefördert werden.

Wesentlich sei außerdem die Sensibilisierung der Bürger für das konkrete Anliegen eines Projekts. Überall, wo es möglich ist, solle dies angesprochen und auf die Agenda gesetzt werden, damit es tief in den Köpfen der Menschen verankert sei und auch nach der Projektlaufzeit eine Rolle spiele.

1.2 Fachforum am Nachmittag

Notwendige und förderliche Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit

Im zweiten Teil des Fachforums ging es vor allem darum, gemeinsam Ideen und Anregungen in Bezug auf geeignete und förderliche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirkung von Modellprojekten zu erarbeiten und zu diskutieren. In der Diskussion der Teilnehmer haben sich zwei Schwerpunkte herauskristallisiert.

Flexibilität

Eine größere Flexibilität wurde vor allem in Bezug auf die Rahmenbedingungen der Ausschreibungen für Modellprojekte gefordert. Die Themenschwerpunkte und Zielgruppen sollten nicht zu eng gefasst werden, da sonst einige vielversprechende Initiativen aus dem Raster fallen würden. Weiterhin wird für möglichst flexible Modellprojektphasen (Entwicklung, Erprobung, Evaluation, Anpassung, Transfer und Verstetigung) plädiert, um dem Anspruch der Innovation über den gesamten Förderzeitraum hinweg gerecht werden zu können und die Nachhaltigkeit zu sichern.

Evaluation, Austausch und Vernetzung

Als notwendige Rahmenbedingung für die nachhaltige Wirkung von Modellprojekten wurde außerdem eine wissenschaftlich fundierte, praxisorientierte Evaluation angeführt, die einen Transfer der Erfahrungen und Erkenntnissen noch im Modellprojektzeitraum ermögliche. Auch ein intensiverer Wissensaustausch mit anderen Projekten, z. B. in Form von häufigeren und kleineren Fachtagungen, wurde als förderlich angesehen. Die Teilnehmer des Fachforums waren sich einig, dass Modellprojekte weiterhin notwendig seien und schon jetzt nachhaltig wirkten, sofern die Rahmenbedingungen stimmen. Eine Entkopplung von Legislaturperioden wäre dabei hilfreich und würde außerdem gewährleisten, dass nicht so viele Projekte zeitgleich auslaufen.

Fazit

Modellprojekte sind weiterhin notwendig und wirken schon jetzt nachhaltig, sofern die Rahmenbedingungen stimmen. Die Verlängerung des Förderzeitraums mit flexibler Entwicklungs-, Erprobungs- und Nachhaltigkeitsphase, weniger Kofinanzierungszwängen, größerer Flexibilität bei den thematischen Schwerpunkten und Zielgruppen, Ressourcen- statt Defizitorientierung, fachlicher Austausch und Vernetzungsangebote seien notwendig, um die Modellprojektförderung nachhaltig zu gestalten.

”

Durch Evaluation die
Chance auf Nachhaltig-
keit verbessern

Kurzbiografien:

Referentin: Dr. Susanne Giel

Promovierte Soziologin, seit 2005 Leitung verschiedener Evaluationsprojekte für das Univation Institut für Evaluation, vorrangig in den Arbeitsfeldern Arbeitsmarkt, Bildung, Migration und Vielfalt. Projektleiterin der Wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN.

Referentin: Verena Droste

Mitarbeiterin des Multikulturellen Forums Lünen e.V., Leiterin des Modellprojekts „Hallo! Schalom! Selam! Privjet! Gemeinsam gegen Vorurteile“, das sich für den Abbau von antisemitischen und rassistischen Vorurteilen bei Jugendlichen einsetzt.

Referent: Enrico Glaser

Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) e.V., Koordinator des Modellprojekts „Mut vor Ort – Arbeit mit Rechten, Jungen und Mädchen“, das die Qualifizierung von Fachkräften in der Jugendarbeit im Bereich geschlechterreflektierende Neonazismusprävention fördert.

Referent: Rolf Graser

Geschäftsführer des Forums der Kulturen Stuttgart e.V., Leiter des Modellprojekts „Gemeinsam engagiert und kreativ: Präventiver Umgang mit der Ethnisierung von Konflikten“. 2013: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes für seinen unermüdlichen Einsatz für kulturelle Vielfalt und ein tolerantes Miteinander.

Moderator: Olaf Ebert

Begleitung des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN als Coach von Lokalen Aktionsplänen (LAP) in Sachsen-Anhalt. Hauptberuflich Geschäftsführer der Freiwilligen-Agentur in Halle, die Träger des Modellprojekts „Vielfalt nutzen“ sowie Träger und Bestandteil des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt ist.

Fachforum 2

Miteinander – Füreinander: Präventionsnetze in den Ländern



Referentinnen und Referenten:
Ute Schmidt, Tina Dürr, Felix Eitel

Moderation:
Arno Speiser

2.1 Fachforum am Vormittag

Im ersten Teil des Fachforums II hielten die drei Referentinnen und Referenten Vorträge zu den spezifischen Landesnetzwerken, um den weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Einblick in die verschiedenen Präventionsnetze zu geben.

2.1.1 Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

Tina Dürr ist Mitarbeiterin der Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks Hessen an der Philipps-Universität Marburg und berichtete zu den Akteuren, dem Qualitäts-

management sowie zur Vernetzung und internen Projekten. Für den letzten Punkt hob sie besonders die proaktive Beratung der Kommunen bei Neuaufnahme von Flüchtlingen hervor. Als Fazit wünschte sich Dürr zum einen eine Kooperation über die Grenzen von Prävention und Intervention hinweg und zum anderen Kooperationen über die Landesgrenzen hinaus.

2.1.2 Vernetzung als Türöffner

Ute Schmidt ist Leiterin der Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks an der Landeszentrale für politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern. Sie zeigte in ihrem Vortrag, wie das landesweite Beratungsnetzwerk in das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ eingebunden ist. Anders als in Hessen ist die Landeskoordinierungsstelle hier auch für die Begleitung von Bundesprogrammen zuständig. Anhand eines konkreten Arbeitsbeispiels – dem Ausstiegskonzept für Mecklenburg-Vorpommern – zeigte Schmidt auf, wie die Institutionen und Programme miteinander verwoben sind. Bereits seit 2006 gibt es das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“. Alle darin enthaltenen Felder bestehen aus dem Mix von Prävention, Intervention und Integration. Von Anfang an sollte zum Landesprogramm auch ein Ausstiegskonzept erarbeitet werden, welches seit September 2013 neu entfaltet wurde. Dieses basiere auf vier Säulen.



Beratungsnetzwerk
hessen



Philipps-Universität
Marburg

www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Philipps-Universität
Landeskoordinierungsstelle Beratung
Ina. Dur...

Landeskoordinierungsstelle Beratung
Ina. Dur...



Das sei das XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ für den jungen Personenkreis, die AG Eltern- und Angehörigenberatung, der Nordverbund bestehend aus dem Bundesland Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Kader sowie kleine regionale Projekten, die sich mit dem Ausstieg beschäftigen wie in der JVA. Zum Ende des Vortrags betonte Schmidt, dass die Landeskoordinierungsstelle es vor allem als ihre Aufgabe sehe, Türen offen zu halten und ihr Wissen ständig weiter zu tragen.

2.1.3 Gelungene Synergien

Felix Eitel ist Leiter der Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerks Rheinland-Pfalz am Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung. Er stellte in seinem Vortrag die Spezifika des Landesnetzwerks vor. Bereits seit 2001 gibt es beim genannten Landesamt ein Aussteigerprogramm. Über das Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN konnte das Modellprojekt „MAPs – Mediale Aktionsprojekte“ realisiert werden. Hier wurden mit rechtsaffinen Jugendlichen dreitägige Filmprojekte in Kooperation mit dem Landesfilmdienst umgesetzt. Des Weiteren wurde auch hier ein XENOS-Projekt realisiert: (R)AUSwege, eine Ausstiegshilfe, die sich an Jugendliche richtete, die noch keine Motivation zum Ausstieg haben. Ein weiteres Modellprojekt war die Internetplattform „komplex“.

Auf dieser Kommunikationsplattform Extremismus Rheinland-Pfalz wurden Erfahrungen des Landesamts gebündelt.

Vor allem hob Eitel die Vorteile der engen Zusammenarbeit zwischen dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung und dem Beratungsnetzwerk hervor; hier könne mit relativ wenig Personal sehr viel erreicht und umgesetzt werden.

Sogenannte Beratungsknoten in sieben Regionen betreuten jeweils drei bis vier Kreise. Die Beraterinnen und Berater der Knoten trafen sich einmal im Monat zum Austausch. Zusätzlich gebe es einen freiberuflichen Opferberater, welcher speziell geschult sei.

Zum Abschluss der ersten Runde zog Moderator Arno Speiser das Fazit, dass die Vernetzungsarbeit innerhalb der Länder bereits als sehr gelungen angesehen werden könne. Seiner Meinung nach könnten die Länder bei verbessertem Austausch noch stärker voneinander profitieren.

2.2 Fachforum am Nachmittag

Im zweiten Teil des Fachforums eröffnete Speiser die Gesprächsrunde mit einer Kurzerläuterung zum neuen Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mit Fokus auf die Verteilung der Gelder und fragte anschließend nach Erwartungen in Bezug auf das neue Bundesprogramm. Er selbst hob hervor, dass die geplanten fünf Jahre für das Programm positiv zu bewerten seien.

Eitel erklärte, dass der Begriff der Demokratiezentren auf ihn nebulös wirke. Für ihn sei nicht klar, was der Begriff genau bedeute und was sich durch die Neuerung vor Ort verändern werde. Würden bereits bestehende Zentren einfach umbenannt oder doch umgebaut?

2.2.1 Programm mitgestalten

Eine Teilnehmerin erklärte, dass sie in dem Begriff eine Aufwertung der Vernetzungsstruktur sehe. Gleichzeitig würden dadurch wohl neue Aufgaben hinzukommen. Ein weiterer Teilnehmer hatte aus der Rede der Ministerin herausgehört, dass es vermehrt um Verstetigung von Strukturen gehe. Er war der Meinung, dass die Auslegung des Begriffs von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sein werde.

”

Beratungsnetzwerke profitieren von Austausch

Wer oder was genau später als „Demokratiezentrum“ bezeichnet würde, wisse er noch nicht. Falls neue Aufgaben hinzukämen, müssten seiner Meinung nach entsprechende Gelder bereitgestellt werden. Er begrüße es, wenn eine inhaltliche Ausschreibung erfolge, bei der sich die verschiedenen Ebenen wie Landeskoordinierungsstellen und LAPs untereinander austauschen und Stellungnahmen entwickeln.



Individuelle Unterstützung durch Baukastensystem

2.2.2 Individuelle Unterstützung gewünscht

Moderator Speiser stellte die Frage, ob durch das neue Bundesprogramm bereits Konsequenzen für die einzelnen Bundesländer gesehen würden.

Eine Teilnehmerin meinte herausgehört zu haben, dass diejenigen Bundesländer, die noch kein Landesprogramm hätten, nun eines entwickeln sollten. Schmidt sah das verstärkt geplante Zusammenspiel von Intervention und Prävention als besonders positiv. Sie wünschte sich für das neue Bundesprogramm aber auch individuelle Freiheiten. „Die Länder sind an unterschiedlichen Stellen und brauchen entsprechend individuelle Unterstützung, sodass das neue Programm möglichst breit verlaufen muss. Am besten wären Baukastenteile, die für Mecklenburg-Vorpommern ganz anders aussehen können als beispielsweise in Rheinland-Pfalz“, erklärte sie.

Für eine Teilnehmerin stellte sich auch die Frage nach der Qualifizierung der neuen Programme und den Konsequenzen für die Länder, da bereits einige Maßnahmen zur Qualifizierung der bestehenden Programme durchgeführt wurden.

Kernthese: ganzheitliche Strategie von Prävention und Intervention

Als Kernthese formulierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachforums den Wunsch nach einer ganzheitlichen Strategie von Prävention und Intervention. Angestrebt werden solle für das Programm die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen. Gerne würden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Diskussion zur Programmentwicklung der Demokratiezentren beteiligt werden.

Kurzbiografien:

Referentin: Ute Schmidt

Ute Schmidt ist gelernte Lehrerin und ausgebildete Mediatorin. Sie engagiert sich seit 1991 für Demokratie und Toleranz. Von 2004 bis 2010 war sie Grundsatzreferentin für Kinder- und Jugendpolitik und Demokratie und Toleranz im Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern. Hier arbeitete sie an der Entwicklung des Kinder- und Jugendprogramms der Landesregierung und der Umsetzungsstrategie des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“. Ab 2011 war sie Referentin für Familienbildung im Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern. Seit 2012 ist sie Leiterin der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz in der Landeszentrale für politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern.

Referentin: Tina Dürr

Tina Dürr studierte Pädagogik, Psychologie und Theaterpädagogik. Seit 2011 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Landeskoordinierungsstelle des „beratungsNetzwerks Hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ mit Sitz an der Philipps-Universität Marburg.

Referent: Felix Eitel

Der Sozialarbeiter Felix Eitel ist seit 2004 im rheinland-pfälzischen Landesjugendamt im dort angesiedelten Projektbereich zum Themenfeld Rechtsextremismus tätig, zuerst als Elternberater, seit 2007 auch als Landeskoordinator des „Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“. Ein ihm besonders wichtiger Arbeitsschwerpunkt ist dabei die Unterstützung der Beraterinnen und Berater vor Ort. Dafür nützlich ist seine Ausbildung zum systemischen Berater.

Moderator: Arno Speiser

Fachforum 3

Gemeinsam wirken – was integrierte lokale Strategien erreichen



Referentinnen und Referenten:

Irina Bohn, Andrea Müller-Jasinski,
Holger Mrosek, Ines Vorsatz,
Sabine Bösing, Till Sträter

Moderation:

Stefan Vogt

3.1 Fachforum am Vormittag

3.1.1 Input: Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

Nach der Begrüßung durch Moderator Stefan Vogt konnte Irina Bohn vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. eine gute Nachricht aus der wissenschaftlichen Begleitung¹ der Lokalen Aktionspläne (LAP) verkünden:

„Das Instrument Lokale Aktionspläne hat sich bewährt!“

Mit dieser Kurzzusammenfassung startete Bohn ihren Bericht aus der wissenschaftlichen Begleitung

und die Erläuterung ihrer Ergebnisse. In der wissenschaftlichen Begleitung zeigte sich, dass für die Wirkungsanalyse der LAP multimethodisch gearbeitet werden muss: Quantitative Erhebungen und qualitative Interviews mit den Akteurinnen und Akteuren der 174 begleiteten LAP bildeten die methodische Basis der Datenerhebung.

Bohn berichtete, dass sich in den LAP vier Ziele und entsprechende Wirkungsbereiche feststellen ließen:

1. Stärkung der Kompetenz der Subjekte
2. Stärkung demokratischer Werte
3. Förderung demokratischer Teilhabe
4. Verdeutlichung normativer Grenzen

In allen LAP spielten alle vier Ziele eine Rolle, seien aber je nach Problemlage unterschiedlich stark handlungsleitend.

¹ Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung befindet sich im „Abschlussbericht des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“, hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, Juni 2014.

Inhalt

- Leit
- Förderung von „Dauerprojekten“
Jahre (Schuljahr vs. Kalenderjahr)
- niederschwellige Projektansätze
- flexibler Umgang mit Zielgrößen
↳ Änderung Stammblatt
 - Rex kein Jugend

Aus den vier möglichen Zielsetzungen ergeben sich denn auch vier Hauptstrategien, die von den LAP verfolgt würden und die bestimmten Problemlagen zugeordnet seien. Die **Strategie der öffentlichen Gegenwehr**, die von 17 LAP als Hauptstrategie angegeben werde, finde vor allem in Gebieten mit rechtsextremem Problemdruck Anwendung. Bohn stellte fest, dass die Akteurinnen und Akteure hoch sensibilisiert, die LAP zivilgesellschaftlich geprägt seien und vor allem im öffentlichen Raum operieren.

In strukturschwachen Regionen verfolgen 15 LAP die **Strategie der demokratischen Beteiligung**. Die dort vorherrschenden Probleme lägen stärker im Bereich der Demokratiedistanz und der Politikverdrossenheit. Durch Aufklärung werde hier eine Politisierung der Bevölkerung angestrebt.

Die mit 31 LAP größte Gruppe arbeite mit der **Strategie der gesellschaftlichen Aufklärung**. „Diese Strategie ist erfolgreich in Regionen mit einer Kultur der Auseinandersetzung“, berichtete Bohn. „Es gibt dort gute Kooperationen und die Arbeit ist auf Maßnahmen fokussiert, die die fachliche Kompetenz der Akteurinnen und Akteure stärken.“ In diesen Regionen gebe es meist weniger manifeste Probleme mit rechtsextremistischen Vorfällen.

Die vierte Strategie, die sich in der wissenschaftlichen Begleitung erheben ließ, war die **Strategie der Förderung interkulturellen Zusammenlebens**. In Regionen mit sozialen Problemlagen werde hier vor allem daran gearbeitet, die unterschiedlichen benachteiligten Gruppen über Projekte zu integrieren und ihnen gegenüber eine Offenheit in der Bevölkerung zu etablieren.

Die Befunde über die Wirksamkeit der Strategien wurden durch die Befragung der Akteurinnen und Akteure aus den LAP gewonnen. Insgesamt wurden von 47 % der Befragten in allen Wirkungsbereichen Verbesserungen wahrgenommen.

3.1.2 Input: Erfahrungen aus den LAP

Andrea Müller-Jasinski berichtete, wie durch gemeinsame Aktionen der Akteurinnen und Akteure in Cottbus eine Zurückdrängung rechtsextremer Erscheinungsformen feststellbar sei. Handlungsleitend sei in Cottbus, dass die LAP „gemeinsam für Demokratie, statt gegen Nazis“ agieren. „Eine Mobilisierung gegen rechts findet



**Interkulturelles
Zusammenleben
fördern**

nur dann explizit statt, wenn die Rechten marschieren“, erklärte Müller-Jasinski. In Chemnitz bekleidet Ines Vorsatz die lokale Koordinierungsstelle. Sie berichtete von zwei Problemfeldern, in denen die LAP etwas bewegen konnten. Neben Aufmärschen zum Gedenktag der Bombardierung der Stadt wurde in Chemnitz gegen eine Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerberinnen und -bewerber mobil gemacht. Die LAP konnten hier erfolgreich als Vermittler zwischen Behörden, Bürgerinnen und Bürgern sowie den Aktiven aus den LAP agieren. Die Aktivitäten der Rechts-extremen gingen teilweise zurück oder steigerten sich zumindest nicht.

„Insgesamt lässt sich ein besseres Funktionieren des Zusammenspiels zwischen Zivilgesellschaft, Ordnungsämtern und Polizei feststellen. Wenn zum Beispiel rechtsextreme Übergriffe gemeldet werden, herrscht hier mittlerweile eine höhere Sensibilität und die Behörden sind bei Übergriffen schneller mobilisiert“, konnte auch Bohn anhand der Forschungsergebnisse bestätigen.

Auch in den Bereichen Demokratiedistanz und Politikverdrossenheit deuten die wissenschaftliche Befunde auf eine positive Entwicklung: Ein Drittel der LAP konnten eine Vitalisierung der politischen Kultur feststellen und empfanden einen Anstieg an Know-how bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie eine erhöhte Sensibilität auf Seiten der Bevölkerung.

In Dinslaken herrsche, Holger Mrosek zufolge, eigentlich bereits eine gelebte Interkulturalität, die durch den Bergbau schon lange Tradition sei. Dennoch stelle er einen verbreiteten Alltagsrassismus fest. Eine besondere Problemlage in Dinslaken liege in einem „türkischen Rechtsextremismus“. Er sehe eine Schwierigkeit in der Zusammenarbeit zwischen LAP und Migrantenselbstorganisationen, die bislang noch nicht optimal verlaufe.

Diesen Eindruck bestätigten auch die Zahlen aus der wissenschaftlichen Begleitung. „Migrantenselbstorganisationen haben die Möglichkeit Projektmittel über die LAP zu erhalten, allerdings wird dies bislang nur in 12 % der LAP genutzt. Die Zusammenarbeit könnte sowohl die Kompetenzen als auch die Teilhabe der Organisationen stärken“, berichtete Bohn. Solche gemeinsamen Projekte bieten sich Bohn zufolge vor allem im Wirkungsbereich interkultureller bzw. interethnischer Beziehungen an. Hier berichteten die Koordinatorinnen und Koordinatoren aus der Praxis von gelungenen, gemeinsamen Projekten wie einem Markt der Vielfalt in



**Behörden
sensibilisieren**



Unwissenheit mit
niedrigschwelligen
Angeboten entgegen-
treten

Dinslaken, der in Tandems von Migrantenselbstorganisationen und Verbänden organisiert wurde. In Chemnitz konnten ein Begegnungsprojekt sowie ein Schülerprojekt, das über Asylpolitik aufklärt, durchgeführt werden. „Mit niederschwelligen Angeboten konnten die Menschen in den Stadtteilen gestärkt werden“, erklärte Vorsatz. So solle der Mobilmachung gegen die Aufnahmeeinrichtung, die oft auf Unwissenheit über die Asylpolitik in der Bevölkerung beruhe, etwas entgegengesetzt werden.

Im vierten Wirkungsbereich – der sozialen und sozialräumlichen Benachteiligung – stellten die Aktiven der LAP die geringsten Verbesserungen fest. Zwar berichteten 28% der LAP, dass es mehr Freizeitangebote für Jugendliche gebe und auch die Verwaltung die Bedarfe Jugendlicher besser erkennen könnte, insgesamt liegen die festgestellten Wirkungen in diesem Feld aber hinter denjenigen aus den anderen Bereichen.

Insgesamt stellte Bohn heraus, dass die LAP und auch sogenannte Non-LAP (Organisationen, die keine Förderung erhielten) mit ihren Projekten etwas bewirken können. „Deutlich ist aber, dass die Wirkungen und Verbesserungen, die durch LAP erzielt wurden, nachhaltiger und dauerhafter sind“, so Bohns Befund.

Diesen Befund teilten auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Plenum. „Wenn es keine Weiterförderung gibt, würde das, was wir schon erreicht haben, einschlafen. Einige Ziele, die wir noch verfolgen, können wir dann sicher nicht erreichen“, berichtete eine Teilnehmerin aus Teltow-Fläming.

3.2. Fachforum am Nachmittag

Nach der Rede von Bundesministerin Manuela Schwesig, die das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“ vorstellte, begann das Nachmittagsforum zunächst mit einem Austausch über die Rede der Ministerin. Tenor war die Freude über ein neues Programm. Die Rede wurde zudem als Wertschätzung und Anerkennung der bisherigen Arbeit der LAP empfunden. Moderator Stefan Vogt bat das Plenum, Empfehlungen für das neue Bundesprogramm zu sammeln. Aus dem, was in den letzten Jahren gelernt wurde, ließen sich Empfehlungen in drei Bereichen aussprechen, deren Umsetzung sich die Akteurinnen und Akteure der LAP für „Demokratie leben!“ wünschen.





3.2.1 Empfehlungen an das neue Bundesprogramm I. Inhalt

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre zogen die LAP den Schluss, dass die Zielgruppen im neuen Bundesprogramm flexibler bestimmt werden sollten. „Rechts-Extremismus ist ein Problem der gesamten Gesellschaft und kein Jugendproblem“, bemerkte eine Teilnehmerin mit Verweis auf die Heitmeyer-Studie, die dies belegt.² Die Altersgruppen, an die sich die Projekte richten, sollten vor allem flexibler gestaltbar sein.

Um nachhaltig Wirkungen erzielen zu können, hofften die Zuständigen in den LAP auf die Möglichkeit, Leitprojekte über einen längeren Zeitraum durchführen zu können. Die Projekte müssen demzufolge vor allem Kalenderjahr übergreifend angelegt sein, da insbesondere in der Zusammenarbeit mit Schulen eine langfristige Planung notwendig sei. Darüber hinaus wünschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Austausch zwischen den einzelnen LAP, um Erfahrungen teilen und gemeinsame Projekte durchführen zu können. Ein bundesweiter Wissenstransfer werde insgesamt angestrebt.

² Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Bde. 1 – 10, Frankfurt am Main 2002 – 2011..

3.2.2 Empfehlungen an das neue Bundesprogramm

II. Struktur

Auf struktureller Ebene machte in der Vergangenheit der hohe bürokratische Aufwand den LAP zu schaffen. Holger Mrosek aus Dinslaken fasste diese Stimmung zusammen: „Wir wollen Demokratie wagen, statt uns mit Bürokratie zu plagen.“ Auf struktureller Ebene empfahlen die LAP-Verantwortlichen vor allem eine Vereinfachung der Antragstellung sowie die Möglichkeit, kleinere und niederschwellige Projekte ohne Träger und über einen direkten Mittelabruf fördern zu können.

An die Regiestelle erging der Wunsch, klarere Formblätter sowie eine Zusammenstellung notwendiger Formulare und Tipps zur Antragstellung zur Verfügung zu stellen. „Die Regiestelle sollte als Servicestelle fungieren“, wünschte sich eine Teilnehmerin.

Für die neue Programmstruktur erhofften sich die Zuständigen in den LAP außerdem, dass die Kosten für externe Koordinatoren und Koordinatorinnen nicht länger aus den Projektmitteln getragen werden müssten. Hier wurde außerdem eine Aufstockung der Mittel gefordert, da die externen Koordinatorinnen und Koordinatoren überwiegend mit prekären Arbeitsverhältnissen zu kämpfen haben.

In der Diskussion wurde deutlich, dass es insbesondere auf struktureller Ebene unterschiedliche Anforderungen von Seiten der externen und lokalen Koordinierungsstellen gibt. Insgesamt wurde der Wunsch nach einer effizienteren und besser abgestimmten Zusammenarbeit formuliert.

3.2.3 Empfehlungen an das neue Bundesprogramm

III. Ressourcen

Auch in Fragen bezüglich der Ressourcenverteilung unterschieden sich die Erfahrungen und Empfehlungen zwischen externen und lokalen Koordinierungsstellen: Während die lokalen Koordinationsstellen auf eine Teilfinanzierung der kommunalen Stellen hofften, damit sie ihre Aufgaben umfassend übernehmen könnten, forderten andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Koordinationskosten nicht aus den Projektmitteln bestritten werden sollten, sondern als Ergänzung gefördert werden müssten. Bisher durften externe Koordinierungsstellen durch den



Demokratie wagen –
Bürokratie abbauen



Förderung durch Bundesländer ausbauen

Bund mit max. 20.000 Euro gefördert werden. Es wurde gewünscht, dass eine höhere Förderung durch den Bund möglich sein solle.

Einig waren sich alle Teilnehmenden darüber, dass keine Projektmittelkürzung zugunsten der Koordination stattfinden dürfe und dass eine dauerhafte Finanzierungssicherheit für alle Projekte notwendig sei.

Wünschenswert sei außerdem eine ergänzende Förderung der LAP durch die Bundesländer, die sich bislang nur in Einzelfällen finanziell beteiligen.

Ganz pragmatisch empfahlen die Mitarbeiter der LAP dem neuen Bundesprogramm eine Abstimmung regional anpassbarer Give Aways, mit denen die Arbeit vor Ort unterstützt werde. Zum Stichwort Ehrenamt merkten sie an, dass der Aufwand der Mitglieder des Begleitausschusses entschädigt werden sollte.

Für die Aktionsfonds wurde ein Abbau von Bürokratie gewünscht. Außerdem bestand der Wunsch, dass innerhalb bestimmter Bagatellgrenzen – es wurde ein Budgetrahmen von 3.000 bis 5.000 Euro genannt – ein vereinfachter Mittelabruf möglich sein und eine Vereinfachung der Antragstellung geschaffen werden solle.

Vor allem wurde eine Fortführung der erfolgreichen Arbeit angestrebt, die durch finanzielle Sicherheit noch nachhaltiger gestaltet werden könne.

Kurzbiografien:

Referentin: Irina Bohn

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Projektleiterin der wissenschaftlichen Begleitung der Lokalen Aktionspläne im Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN

Referentin: Andrea Müller-Jasinski

Demokratie und Integration Brandenburg e.V., externe Koordinierungsstelle der Lokalen Aktionspläne Cottbus und Spree-Neiße

Referent: Holger Mrosek

Stadt Dinslaken, Lokale Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans Dinslaken

Referentin: Ines Vorsatz

Stadt Chemnitz, Lokale Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans Chemnitz

Referent: Till Sträter

Mitarbeiter in der wissenschaftlichen Begleitung bei Camino Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich GmbH, stellte die Koordinatorinnen und den Koordinator vor.

Außerdem stellte **Sabine Bösing**, Mitarbeiterin im Projekt „Koordination des Coachingverfahrens im Programmbereich ‚Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien (Lokaler Aktionspläne)‘“ der gsub-Projektgesellschaft GmbH, allen Teilnehmenden ein Handout zum Thema Coaching zur Verfügung. Ihr Vortrag entfiel aus Zeitgründen.

Moderator: Stefan Vogt

Regionales Beratungsteam Süd-West

Fachforum 4

„Wir machen weiter“ – Lokale Aktionspläne sichern ihre Nachhaltigkeit



4.1 Fachforum am Vormittag

Dr. Irina Volf und Sabine Behn von Camino gaben zu Beginn des Fachforums einen Überblick über die wissenschaftliche Begleitung der Lokalen Aktionspläne zum Thema Nachhaltigkeit.

Im Jahr 2012 wurden dazu 84 LAP in einer quantitativen Erhebung befragt und 19 Einzelinterviews geführt. Zum Ende der Förderperiode 2013 wurden 83 LAP befragt und ein Gruppeninterview geführt.

4.1.1 Kommunen einbinden

Referentinnen und Referenten:

Dr. Irina Volf, Sabine Behn

Moderation:

Norbert Poppe, Corinna Korb

Nachhaltigkeit von Lokalen Aktionsplänen wurde in verschiedenen Dimensionen betrachtet:

- | strukturelle Nachhaltigkeit
- | Nachhaltigkeit der Zielstellung/Relevanzerhalt
- | handlungswirksame Lernprozesse: zivilgesellschaftliche Aktivierung
- | handlungswirksame Lernprozesse: Transfer in die Verwaltung
- | Nutzenorientierung

Von struktureller Nachhaltigkeit könne dann gesprochen werden, wenn Arbeitsstrukturen, wie die Koordinierungsstelle, das Ämternetzwerk bzw. der Begleitausschuss, erhalten blieben und Projekte fortbeständen. Dies könne durch das Einwerben zusätzlicher Mittel oder die Förderung aus kommunalen Mitteln geschehen. Die Sicherung der strukturellen Nachhaltigkeit der LAP stieg 2013 im Vergleich zu 2011 um mehr als das Doppelte, sodass dies in etwas mehr als 40% der Förderregionen gelingen könne. Festgestellt wurde, dass sich bestehende Landesprogramme in den neuen Bundesländern positiv auf Planungssicherheit der LAP auswirkten.

Von einem Relevanzerhalt könne dann gesprochen werden, wenn die Zielstellungen und Handlungskonzepte des Lokalen Aktionsplans auch nach Programmende in der Region, der Kommune bzw. dem Landkreis weiter verfolgt würden. Dies könne



z. B. durch die Formulierung eines kommunalen Leitbildes erfolgen, das nun auch die Bekämpfung von Rechtsextremismus als gemeinsames Ziel der Verwaltung und Zivilgesellschaft thematisiere. Außerdem werde der Relevanzverlust durch politische Beschlüsse zur integrierten Handlungsstrategie und durch die Fortführung von Projektansätzen oder Arbeitsmethoden auch über die Förderlaufzeit hinaus gesichert.

4.1.2 Politische Beschlüsse fehlen

Eine Nachhaltigkeit der Zielstellungen konnte bei über 52 % der befragten LAP festgestellt werden. Alle befragten LAP berichteten über die weitere Bearbeitung der Themen durch lokale Gremien, Bündnisse oder Vereine. Politische Beschlüsse bestünden bei nur 17 % der Untersuchungsgruppe. Hier solle weiterhin darauf hingewirkt werden, dass die kommunalen Parlamente politische Beschlüsse zur Weiterführung der lokalen Strategie fassen.

4.1.3 Erfolgsfaktor Zivilgesellschaft

Eine weitere Dimension für Nachhaltigkeit sei die Anregung von handlungswirksamen Lernprozessen in Bezug auf die zivilgesellschaftliche Aktivierung und den Transfer in Verwaltungsstrukturen. Es könne dann von handlungswirksamen Lernprozessen gesprochen werden, wenn bei der Umsetzung eines Aktionsplanes die Projektakteure und Teilnehmerinnen und Teilnehmer Wissen und Erkenntnisse sammelten und in der Folge ihre Handlungsweisen veränderten.

Zivilgesellschaftliche Aktivierung zeige sich an gelingenden Kooperationen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, an der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum Engagement, an der öffentlichen Unterstützung durch deutungsmächtige Akteure oder einen hohen Bekanntheitsgrad des Aktionsplanes. Beim Bekanntheitsgrad z. B. war eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen: waren es 2011 noch 54 %, so lag der mittelmäßige bis hohe Bekanntheitsgrad der LAP in 2013 bei 89 %.

Der gelungene Transfer in Verwaltungsstrukturen messe sich u. a. an einer guten ämterübergreifenden Kooperation zu programmrelevanten Themenstellungen und Verankerung der im LAP umgesetzten Verfahren in den Verwaltungsstrukturen. Im Idealfall werde die im LAP erprobten partizipativen Entscheidungsprozesse



Einbindung von Lokalpolitik und Verwaltung

zwischen Kommune und Zivilgesellschaft dann auch in anderen Ressorts angewendet. Allerdings bestehe hier noch Entwicklungspotenzial, da bei 64 % der LAP der Transfer noch als mittelmäßig nachhaltig zu bewerten war.

Letzte Dimension der Nachhaltigkeit sei die Nutzenorientierung. Entscheidend dafür sei die Sicherung von Ergebnissen und Bereitstellung von Material und Dokumentationen für eine längerfristige Verwendung. Auch die Umsetzung themenspezifischer Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zähle dazu. In diesen Merkmalen waren die LAP besonders erfolgreich: 82 % setzten Qualifizierungsmaßnahmen um, 89 % sicherten die Arbeitsergebnisse. Insgesamt erfüllten 60 % LAP mehrere Dimensionen und wurden als weitgehend nachhaltig eingeschätzt. 40 % der LAP wurden als mittelmäßig nachhaltig bewertet. Schwierigkeiten waren hier meist struktureller oder finanzieller Natur. Weitere Ausführungen zu den Dimensionen von Nachhaltigkeit und Empfehlungen sind in der Handreichung „Sicherung der Nachhaltigkeit von Lokalen Aktionsplänen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ zu finden.

4.2 Fachforum am Nachmittag

4.2.1 Neues Bundesprogramm, neue Planungssicherheit

Den zweiten Teil des Fachforums eröffneten die Moderatoren Norbert Poppe und Corinna Korb mit einer offenen Runde, in der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre ersten Eindrücke zur Rede von Bundesministerin Manuela Schwesig diskutieren konnten. Sehr positive Reaktionen riefen die Möglichkeit der erneuten Förderung der alten LAP, die weitere Förderung der Netzwerkarbeit, die langfristige Planungssicherheit von bis zu fünf Jahren sowie die Einbindung des Themenfeldes Antiziganismus hervor. Besonders die Ankündigung, Bürokratie abbauen zu wollen, stieß auf große Zustimmung. Hier bestehe großer Handlungsbedarf.

Bevor das Fachforum in die Arbeitsgruppen ging, stellten drei Vertreter aus nachhaltigen LAP ihre Arbeit vor. Berit Lahm von der Stadt Leipzig stellte den LAP „Leipzig. Ort der Vielfalt“ vor. Der LAP arbeite mit zwei Leitzielen.

1. Einwohnerinnen und Einwohner in Leipzig sollen eine hohe Akzeptanz für eine Vielfalt von Lebensformen zeigen und an einer interkulturellen Lebenswelt partizipieren.



Neues Bundesprogramm
bietet langfristige
Planungssicherheit

2. Akteure in Zivilgesellschaft, Institutionen und Behörden müssen kompetent in der Vermittlung demokratischer Werte und im Wirken gegen rechtsextremistische Ideologie und Gewalt werden.

Die Kommunale Gesamtstrategie werde durch eine Drittel-Finanzierung von Bund, Land und Kommune finanziert. Im Laufe der Jahre habe sich gezeigt, dass der steigende Bekanntheitsgrad der Schlüssel zum Erfolg sei und durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden müsse. Insgesamt konnten so die Ziele des LAP verfolgt und ein breiter Unterstützerkreis erreicht werden.



LAP als Schnittstelle

Alfred Riermeier vom Jugend- und Familienreferat der Stadt Kaufbeuren berichtete zum LAP „Kaufbeuren aktiv“. Wichtig sei es, betonte er, Schnittstelle zwischen Bürgern und Verwaltung zu sein. Verwaltung müsse in der Gesamtstrategie aktivierend wirken und eine Verantwortungsgemeinschaft anregen. Oft bestünden bereits Netzwerke, die man für die eigene Arbeit gewinnen müsse. Als weitere Erfolgsfaktoren für die nachhaltige Arbeit von Lokalen Aktionsplänen nannte er die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle, das Einbinden einer Steuerungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertreter der Zielgruppe und Mentoren sowie praxisnahe und bürgerorientierte Projekte.

Uta Hemmerich-Bukowski arbeitet in der externen Koordinierungsstelle des LAP Trier-Saarburg. Diese lokale Koordinierungsstelle wird von zwei Jugendpflegerinnen geleitet. Leitziele des LAP Trier-Saarburg, erklärte sie, seien, ein Zusammenleben in kultureller Vielfalt mit Respekt, Toleranz und Zivilcourage und die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Netzwerk. Als Herausforderung nannte sie vor allem die Arbeit von den Städten in ländliche Regionen zu bringen.

4.2.2 Vielfältige Möglichkeiten für kommunales Handeln

In den anschließenden Arbeitsgruppen wurden den Fragestellungen nachgegangen: Wo liegen die Möglichkeiten, Nachhaltigkeit in Lokalen Aktionsplänen zu erreichen? Was sind die Stolpersteine, die beachtet werden sollten? Als Möglichkeiten wurden unter anderem die Stärkung von Netzwerken, die Nutzung der internen Koordinierungsstelle zur aktiven Steuerung, unbürokratisches Handeln durch Aktionsfonds, der Kompetenzerwerb von Trägern, die Anregung von interner Kommunikation sowie die Möglichkeit über Ämtergrenzen hinweg zu informieren

und sensibilisieren benannt. Wichtig sei es, der Kommune zu verdeutlichen, welche Vorteile durch eine aktive Zusammenarbeit von Verwaltung und Zivilgesellschaft entstehen. Durch enge Kommunikation ließen sich auch Parallelstrukturen vermeiden. Problematisch sei nach wie vor der bürokratische Aufwand, der auch Müdigkeit bei den Bündnispartnern hervorrufe.

Zum Abschluss wurde die Aufgabe herausgestellt, ein eigenes Marketing zu entwickeln und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um Bekanntheit und Akzeptanz in Öffentlichkeit und Verwaltung zu schaffen. Der Erfolg des LAP werde wahrscheinlicher, wenn alle Beteiligten ihre Arbeit als Gemeinschaftsaufgabe statt als Zuständigkeit wahrnehmen. Fazit des Fachforums war: Das neue Programm kommt, die Arbeit an der Nachhaltigkeit bleibt!

Kurzbiografien:

Referentin: Dr. Irina Volf

Politikwissenschaftlerin, promovierte Psychologin (Universität Konstanz). Seit 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am ISS-Frankfurt am Main.

Referentin: Sabine Behn

Geschäftsführende Gesellschafterin von Camino. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention und in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie in den Bereichen Jugendarbeit, Sport und Integration/Migration.

Moderator: Norbert Poppe

Diplom-Sozialpädagoge/Sozialarbeiter. Freier Coach und Prozessbegleiter, berät Lokale Aktionspläne in Berlin und Hessen.

Moderatorin: Corinna Korb

Betriebswirtin und Gesellschafterin bei PARTS Gesellschaft für soziale Praxis und Projekte mbH, darüber hinaus Coach, Prozessbegleiterin und Organisationsentwicklerin.

Fachforum 5

Synergien nutzen – bundesweite Vernetzung gegen Rechtsextremismus



Referentinnen und Referenten:

Andrea Keppke, Dr. Michael Parak,
Prof. Dr. Kurt Möller

Moderation:

Andreas Stäbe

5.1 Fachforum am Vormittag

Im Vordergrund des Fachforums stand die Frage nach den Möglichkeiten bundesweiter Vernetzungsangebote gegen Rechtsextremismus. Ziel war es, sich über die im Rahmen des scheidenden Bundesprogramms gesammelten Erfahrungen auszutauschen, um daraus Nutzen und Perspektiven für die soziale und pädagogische Arbeit vor Ort abzuleiten. Mit einer kurzen Einleitung in die Thematik und der Vorstellung der Referenten eröffnete Moderator Andreas Stäbe das Forum.

5.1.1 Bundesweite Vernetzung als bedarfsorientierten Fachaustausch nutzen

Im ersten Input-Vortrag berichtete Andrea Keppke von der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub) von ihren Erfahrungen in der Netzwerkarbeit. Wichtig für die Tätigkeit von gsub sei die Ausgangsthese, dass die „bundesweite Vernetzung“ keine „Worthülse“ sein dürfe, da die „Vernetzung allein um der Vernetzung Willen“ keinen Sinn mache. Daher sei eine differenzierte, prozess- und zielorientierte Vorbereitung unerlässlich.

Zur Veranschaulichung stellte Keppke zwei jener Vernetzungsprojekte vor, die von der gsub seit 2011 begleitet werden: Das erste Projekt beinhaltete die Durchführung eines qualitätsorientierten Verfahrens in den landesweiten Beratungsnetzwerken gegen Rechtsextremismus und das zweite befasste sich mit der Entwicklung bundesweiter Qualitätsstandards.

Zum Schluss ihres Vortrags gab Keppke den Anwesenden noch einige Erfahrungswerte aus der bundesweiten Vernetzung mit auf den Weg: Auch wenn der Bedarf groß sei, so sei für sie die Freiwilligkeit und die Bereitschaft zum Know-how-Transfer eine unabdingbare Voraussetzung für die Arbeit mit Jugendlichen in diesem Themenfeld. Dabei müssen für die Beteiligten ein klarer Mehrwert und auch eine

Gliederung

1. Verortung der gsub-Projekte
2. Ausgangsthese bundesweite Vernetzung
3. Drei Beispiele von **beteiligungsorientierten Prozessen** zur bundesweiten Vernetzung
Exkurs: **BIKnetz-Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus**
4. Erfahrungswerte, Schlussfolgerungen



gewisse Kontinuität erkennbar sein. Ein transparentes, ziel- und ergebnisorientiertes Vorgehen seien dafür ebenso unerlässlich wie eine klare Rollenverteilung und eine verbindliche und ehrliche Mitbestimmung.

Aus dem Abschlussbericht des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPE- TENZ STÄRKEN zog sie die Schlussfolgerung, dass nur ein gezielter, bedarfsorientierter Fachaustausch der Vernetzung den notwendigen Nutzen eröffne. Deshalb gelte für Vernetzungsaktivitäten stets die Prämisse: „Wir müssen miteinander reden.“

5.1.2 Die individuelle Online-Beratung – ein Baustein im vernetzten Kampf gegen Rechtsextremismus

”

**Ehrenamtliche
sichern Netzwerke**

Dr. Michael Parak, Geschäftsführer von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, präsentierte in seinem Vortrag einen Einblick in die Arbeit eines bundesweiten Trägers und dessen Sichtweise auf das Thema Vernetzung. Als überparteiliche Vereinigung, die sich aus ehemaligen Spitzenpolitikern zusammensetzt, besitze „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ eine auf Konsens basierte Schlagkraft, die es ermögliche, Überzeugungsarbeit in Politik und Gesellschaft zu leisten und Themen gezielt zu platzieren.

Neben der Politikberatung durch den Vorstand habe der Verein in der Geschäftsstelle auch Informations- und Beratungsangebote zur Unterstützung der engagierten Bürgergesellschaft entwickelt. Mit über 2000 ehrenamtlichen Mitgliedern sei der Verein zudem sehr gut vor Ort vernetzt, sodass man von einer „Art bundesweiten Volkshochschule im Kleinen“ sprechen könne.

Wichtig für die Arbeit des Vereins sei die Feststellung, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus „eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe“ ist – gesamtgesellschaftlich vor allem im Sinne einer notwendigen Vernetzung aller involvierten Akteure.

Der Verein habe 2008 die individuelle Online-Beratung gegen Rechtsextremismus als Kernbereich seines Modellprojekts entwickelt. Dabei handele es sich zweifelsohne lediglich um einen Baustein in einer notwendigen Gesamtauseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus. Daher sei eine Vernetzung, die unterschiedliche Kompetenzen und Ideen zusammenbringe, unerlässlich. Diese finde auf drei

Ebenen statt: In Form eines fachlichen und kollegialen Erfahrungsaustauschs mit verwandten Beratungseinrichtungen und Beratungsnetzwerken, als Wissenstransfer im Rahmen von Coachings und Beratungen und durch die Vermittlung von Denkanstößen an staatliche Akteure in der Politikberatung. Dr. Parak schloss seinen Vortrag mit dem Ratschlag, neben der Projektarbeit stets auch einen eigenen Fokus auf die Vernetzung zu legen.

5.1.3 Diskussion

Im Anschluss an die Präsentationen fand ein kurzer Austausch über die im Rahmen des scheidenden Bundesprogramms zum Thema Vernetzung gesammelten Erfahrungen und die sich daraus für das neue Bundesprogramm ergebenden Hoffnungen statt. Resa Memarnia vom Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. bemerkte, dass sich der Versuch einer bundesweiten Vernetzung als äußerst schwierig erwiesen habe, da der interne Aufbereitungsaufwand sehr groß gewesen sei. Er hoffe, dass zukünftig mehr Möglichkeiten gegeben sein werden, um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüros Sachsen e.V. und Projektleiterin Mobile Beratungsteams, betonte, dass es erfreulicherweise inzwischen in allen Bundesländern mobile Beratungsteams und wertvolle Strukturzusammenhänge mit Austauschplattformen gebe, die man perspektivisch allerdings weiter stärken müsse. Zudem müsse man auch die bundesweit agierenden Träger besser miteinander vernetzen. In diesen beiden Punkten setze sie große Hoffnung in das neue Bundesprogramm.

Samuel von Frommannshausen vom CJD Waren (Müritz) berichtete von seinen Erfahrungen aus dem Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“. Dort seien explizit Projektmittel für die bundesweite Vernetzung bereitgestellt worden, sodass sich die Projekte aus der ganzen Republik über die gesamte Programmlaufzeit von vier Jahren zweimal im Jahr bei einer zweitägigen Workshop-Veranstaltung austauschen konnten. Nach seinem Empfinden sei dies eine „sehr fruchtbare und erfolgreiche Vernetzung“ gewesen, bei der sowohl der fachliche Austausch als auch der Abgleich gemeinsamer Standards im Vordergrund standen. Allerdings hätte er sich auch in den Modellprojekten einen fachlichen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen gewünscht.

”

**Bundesweite
Vernetzung stärken**



Dr. Harald Weilnböck berichtete vom Radicalisation Awareness Network und wies darauf hin, dass es seit 2 bis 3 Jahren eine Struktur der Europäischen Kommission gebe, welche die europäische und internationale Vernetzungsarbeit sehr stark finanziell unterstütze. Des Weiteren sprach er das Thema Konkurrenz an, über das man im Rahmen der Vernetzungsthematik aufrichtig sprechen sollte.

Anne Mehrer von Miteinander e. V. äußerte sich zum Thema der qualitätsorientierten Verfahren. Sie berichtete von den unterschiedlichen strukturellen Ausgangsbedingungen bei der bundesweiten Vernetzung und warnte davor, die Ergebnisse, die jetzt in bundesweite Qualitätsstandards gegossen würden, als Realitätsabgleich der tatsächlichen Arbeitsebenen in den Bundesländern zu betrachten.

5.2 Fachforum am Nachmittag

5.2.1 Soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen

Im zweiten Teil des Fachforums stellte Prof. Kurt Möller von der Hochschule Esslingen eine Expertise zur sozialen und pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen vor, die für das BIKnetz erstellt und Ende 2013 abgeschlossen wurde.

Anhand einer groben Überschlagsrechnung illustrierte er, dass hier ein erheblicher Nachholbedarf bestehe.

Dennoch könne die direkte Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen bei Einhaltung professioneller Standards Erfolg versprechend sein. Dazu benötige man die sogenannte Strategie der funktionalen Äquivalente, welche den Jugendlichen gleichwertige Kontroll- und Integrationserfahrungen sowie gleichwertige Erlebens- und Sinnerfahrungen in gewaltfreien und demokratischen Zusammenhängen biete. Es gehe darum, Erfahrungen durch Erfahrungen zu ersetzen und den Jugendlichen Alltags- und Sozialisationshilfe zu leisten. Dabei spielen langfristige, vertrauensbasierte Beziehungen zu den Fachkräften eine Schlüsselrolle.

Da rechtsextrem affine Jugendliche sehr individuelle Zugänge in die Szene erfahren, sei es unerlässlich die Hilfen vermehrt zu individualisieren und auf die Probleme und Bedarfslagen der Angebotsnutzerinnen und -nutzer einzugehen. Zudem sei eine Etablierung struktureller Rahmenbedingungen erforderlich, um eine Planungssicherheit und eine jugendarbeiterische Grundversorgung für alle Jugendlichen gewährleisten zu können.

Des Weiteren wies Prof. Möller darauf hin, dass Veränderungen in der Jugendszene sowie der pädagogische Nachholbedarf in den verschiedensten Bereichen die Fachkräfte inzwischen vor neue Herausforderungen stelle. In der Breite benötige man daher eine Sensibilisierung und Qualifizierung der Lehrkräfte, der sozialen Fachkräfte und der zivilgesellschaftlichen Akteure. Im Speziellen plädierte Prof. Möller für die Einrichtung sogenannter „regionaler Umstiegsbegleitungen“. Dazu sollten pro Landkreis ca. 100 bis 200 Stellenprozent auf 4 bis 8 Fachkräfte, die bereits in Regelstrukturen der Jugendarbeit arbeiten, zur Verfügung gestellt werden. Diese sollten neben der Basisqualifikation als Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge eine Weiterbildung als „Fachkraft im Umgang mit rechtsextrem (und ‚menschenfeindlich‘) affinen Jugendlichen“ erhalten und auf Anfrage in Form einer Beratung, einer situativen Unterstützung oder eines Coachings tätig werden.

Zum Schluss legte Prof. Möller ein besonderes Augenmerk auf die Notwendigkeit einer „Mobilen Erwachsenenarbeit“, teils auch durch die Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter vor Ort. Denn die Blaupausen für die Weltanschauungen der Jugendlichen werden im Erwachsenendiskurs geprägt. Demnach müsse man die

”

Individuelle Hilfe für rechtsextreme Jugendliche anbieten

Erwachsenen, die beispielsweise als Eltern in die Problematik involviert seien, in die Arbeit des neuen Bundesprogramms konkret einschließen.

5.2.2 Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag gab es einige Wortmeldungen. Silke Baer von cultures interactive e.V. mahnte, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter lernen müssten zu verstehen, dass sie nicht alles können müssen und dementsprechend lernen müssten, gegebenenfalls auf die Unterstützung von Angeboten vor Ort oder auf überregionaler Ebene zurückzugreifen.

Ricarda Milke von Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. erzählte, dass ihr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bei Fortbildungen zunehmend berichteten, dass in ihren Arbeitsalltagen (z. B. in Schulen und Haftanstalten) keinesfalls die Jugendlichen das Problem bildeten, sondern vielmehr die Tatsache, dass sie einen rechten Kollegen hätten.

Von Frommannshausen bemerkte, dass er das Konzept der „regionalen Umstiegshilfen“ für sehr sinnvoll halte, die Umsetzung allerdings problematisch sehe. Da in manchen Regionen lediglich 4 bis 8 Fachkräfte insgesamt zur Verfügung stehen, die zudem bereits überfordert seien, könnte man diese nicht zusätzlich mit den Aufgaben der „regionalen Umstiegshilfen“ belasten. Prof. Möller zeigte sich schockiert über diese desolate Grundversorgung und bemerkte, dass er bei seiner Analyse von der guten Ausstattung in Baden-Württemberg ausgegangen sei. Selbstverständlich sei die Sicherstellung der Grundversorgung in der Jugendarbeit eine Grundvoraussetzung.

Kurzbiografien:

Referentin: Andrea Keppke

Andrea Keppke ist bei der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH als Projektleiterin für das bundesweite Informations- und Kompetenznetz „BIKnetz“ sowie für das Beratungsprojekt „Koordination des Coachingverfahrens und Qualitätssicherung in den landesweiten Beratungsnetzwerken“ tätig.

Referent: Dr. Michael Parak

Dr. Michael Parak ist seit 2009 Geschäftsführer von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“. Bis 2005 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Leipzig beschäftigt und begleitete außerdem sieben Jahre lang für die Friedrich-Ebert-Stiftung das Bautzen-Forum für die Opfer der SED-Diktatur inhaltlich und organisatorisch. Als Kulturreferent arbeitete Dr. Parak von 2005 bis 2009 beim Schlesischen Museum zu Görlitz.

Referent: Prof. Dr. Kurt Möller

Prof. Dr. Kurt Möller arbeitet an der Hochschule Esslingen, wo er sich mit Theorien und Konzepten Sozialer Arbeit, der Jugendarbeit, der Jugendpolitik sowie der Kultur- und Bildungsarbeit beschäftigt. Er war und ist in diversen Forschungs-, Evaluations- und wissenschaftliche Begleitprojekte, schwerpunktmäßig zu den Themenfeldern Gewalt, Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit sowie Jugendkulturen und Jugendarbeit, involviert.

Moderator: Andreas Stäbe

Andreas Stäbe ist als Organisationsberater, Moderator und Trainer tätig. Der gelernte Stahlschiffbauer hat an der TU Berlin Erziehungswissenschaften, Soziologie und Psychologie studiert. Seit 2001 arbeitet er als Geschäftsführer des bundesweit tätigen Vereins „Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.“ (NDC).

Fachforum 6

„Man konnte sagen, was man denkt“ – größere Lernerfolge durch mehr Beteiligung?



6.1 Fachforum am Vormittag

Annegret Zacharias eröffnete das Fachforum mit der Frage nach größeren Lernerfolgen bei der Extremismusprävention infolge höherer Partizipation. In der Vormittagssitzung standen vor allem die Referenten im Vordergrund, die sich der Fragestellung praktisch näherten. Am Beispiel des Modellprojekts „Anerkennen, Auseinandersetzen, Begegnen“ von der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) erläuterte die Projektleiterin Anne Goldenbogen zunächst den Aufbau des Programms und die Möglichkeiten der Einbindung der Teilnehmer in den Projektaufbau und -verlauf.

Referentinnen und Referenten:

Anne Goldenbogen, Eva Zimmermann, Frank König

Moderation:

Annegret Zacharias

Anschließend referierten Eva Zimmermann und Frank König vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) über ihre Erkenntnisse aus der Evaluation des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN und bezogen sich in ihrer Analyse auf Modellprojekte, wie die von der KIgA.

6.1.1 Mangel an langzeitpädagogischen Angeboten

Bei der Vorstellung des zweieinhalbjährigen Projekts der KIgA bezog sich Anne Goldenbogen zunächst auf die Schwerpunkte. Dabei handele es sich zum einen um die Entwicklung von pädagogischen Konzepten zur kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Zum anderen sollten Multiplikatoren der außerschulischen Bildungsarbeit sensibilisiert und qualifiziert werden. Vor dem Hintergrund der Eingangsfrage beschränkte sich die Referentin in ihrem Impulsvortrag auf die pädagogischen Konzepte, die eine hohe Partizipation aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermöglichen.

Im Vorlauf des Projekts definierten die Verantwortlichen zunächst bestehende Defizite. So bestünden laut Goldenbogen überwiegend kurzzeitpädagogische Angebote, speziell beim kritischen Umgang mit Antisemitismus. Zudem würde die Migrationsgesellschaft konzeptionell wenig in den Aufbau solcher Modellprojekte einbezogen,

Forum
jung-Internauten

Mitverantwortung +
Mitgestaltung

↳ DEMO KWL LMR

↳ Position beim GME

↳ Schule!

↳ Ki + Ju Arbeit

↳ Verantwortung + Schu: AStKa
Lernu. Ort, MGH, ...



was sich auch während der eigentlichen Projektphase durch geringe Beteiligungsstrukturen fortsetze. „Hier befinden wir uns in einem Kreis. Denn Beteiligung und Partizipation brauchen in der Entwicklung Zeit, die bei kurzzeitpädagogischen Konzepten nicht vorhanden ist“, berichtete Goldenbogen aus ihren bisherigen Projekterfahrungen.

Um Lehrkräfte nicht durch konzeptionelle Schwächen zu überfordern, leiteten die Verantwortlichen notwendige Maßnahmen ab. So sollen zukünftig längerfristige Konzepte umgesetzt werden, bei denen spezifische Erfahrungen, Lebensrealitäten und Interessen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einbezogen werden.

6.1.2 Modellprojekt „Anerkennen, Auseinandersetzen, Begegnen“

Als Zielgruppe des Modellprojekts zur kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus benannte Goldenbogen Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 13 bis 18 Jahren sowie pädagogische Fachkräfte. Die Verantwortlichen entwickelten ein pädagogisches Konzept für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit auf der Grundlage eines adressatenorientierten Zugangs. Dabei richteten sich die entworfenen Bildungseinheiten an herkunftsheterogene Gruppen. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf muslimisch sozialisierten Jugendlichen

Das Projekt unterlag wesentlichen konzeptionellen Änderungen. So überführten die Verantwortlichen in Abstimmung mit den Kooperationsschulen die Konzepte in Projektwochen. Zudem stellte KiGA die ursprünglich angedachten Zugangsthemen „Fußball“ und „Frauen/Emanzipation“ mit dem Ziel der offensiveren Konfrontation mit Antisemitismus zurück. Mit einem fünftägigen, außerschulischen und einem 2,5 tägigen, schulischen Projektansatz bedienten sich die Initiatoren zwei Formaten. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen auf Migration, Vorurteilen, NS/Holocaust, Nahostkonflikt sowie jüdischem Leben.

Methodenvielfalt und Beteiligungsorientierung sorgten laut Goldenbogen für erhöhtes Interesse bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. „Wir haben versucht, persönliche und familiäre Migrationsgeschichten einzubauen, die Geschichte des Nahostkonflikts aus palästinensischer und israelischer Perspektive greifbarer zu gestalten und durch Stadtpaziergänge jüdische Geschichte und Gegenwart erlebbar zu machen.“



**Bildungsarbeit
auf Zielgruppen
ausrichten**



6.1.3 Erfahrungen und Grenzen im Umgang mit Partizipation

Das Modellprojekt beteiligte Schülerinnen und Schüler sowohl bei Detailfragen des Seminarablaufs als auch bei der Durchführung. So erarbeiteten sich die Jugendlichen selbstständig Themen, die sie präsentierten, führten offene Diskussionen, engagierten sich in Arbeitsgruppen oder übernahmen freiwillige Parts. Die Grenzen der Partizipation lägen laut Goldenbogen bei der Mitbestimmung der thematischen Ausrichtung und der grundsätzlichen Seminargestaltung.

Partizipation ist aus den Erfahrungen dieses Modellprojekts wesentlich leichter in außerschulischen Örtlichkeiten zu ermöglichen. Der Wille zur Beteiligung steige demnach. Wichtig erschien auch die Entwicklung längerfristiger Konzepte. Goldenbogen betonte in diesem Zusammenhang auch die Grenzen der Beteiligung, die ihrer Erfahrung nach in der Freiwilligkeit, der Themensetzung und der Nachhaltigkeit bestünden.

”

Der Wille zur
Beteiligung steigt

6.1.4 Erkenntnisse aus der Evaluation (Part DJI)

Im Anschluss bezogen sich Zimmermann und König auf die Evaluation von Modellprojekten und Lokalen Aktionsplänen (LAP) im Bereich Extremismus-

KIGA

Lernziele

- Ausdifferenzierung in Kooperation mit dem DJI
- siehe Scalen

Kollaboration KIGA e.V.

01 Juli 2017

Herzlich Willkommen
zum Forum G!

Bitte vorbeigehen um
Tisch
Lernzettel
zu bere...

von A...



prävention und stellten sich die Frage, wie die Wirkfähigkeit pädagogischer Präventionspraxis methodisch erfasst und sichtbar gemacht werden kann. Das DJI konzentrierte sich hierbei auf die Adressatenebene. Welche Veränderungen treten bei Adressatinnen und Adressaten durch welche Angebote auf? Welche Perspektiven eröffnen sich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch ein konkretes Angebot? Diese Fragen zielten auf Nutzen, Akzeptanz und Lernzuwachs bei den Projektteilnehmern ab.

Methodisch bediente sich das DJI bei Projekten wie „Anerkennen, Auseinandersetzen, Begegnen“ unterschiedlicher Herangehensweisen. Zum einen führten die Verantwortlichen Gespräche mit der Projektleitung, die in einer Zielerreichungsskala veranschaulicht wurden. Zum anderen fanden offene Gruppen- und Einzelgespräche mit Teilnehmenden statt. Außerdem kamen ein Figurenbaum zur visuellen Verortung des eigenen Gemütszustandes sowie eine standardisierte Feedbackbefragung zum Einsatz.

So evaluierte das DJI die Themenbereiche Akzeptanz, Zufriedenheit, Partizipation, Lerneffekte, Motivation, Erwartungen und Emotionen.

6.1.5 Typisierung gibt Aufschluss über Erfolg

„Durch die Befragungen gelang uns eine Typisierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer“, berichtete Zimmermann. So gäbe es neben dem euphorisch-zufriedenen Teilnehmer auch den neugierig-offenen TN, den pragmatisch-lösungsorientierten TN und den enttäuscht-distanzierten TN. So kam das DJI im Projektzeitraum zu der Erkenntnis, dass „die Berücksichtigung von Wünschen und Bedürfnissen der bedeutsamste Einflussfaktor auf die Bewertung und den Lernfaktor der Teilnehmer hatte“, bestätigte König.

6.2 Fachforum am Nachmittag

6.2.1 Partizipation als Erfolgsfaktor für Präventionsprojekte

Nach dem Mittag versammelten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachforums zu einer Diskussionsrunde. Moderatorin Zacharias warf die Frage auf, welche Erfahrungen die Anwesenden mit der Kinder- und Jugendbeteiligung

während des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN gemacht hätten. Die Diskussion thematisierte daraufhin geeignete Formate, in denen junge Menschen besonders gut eingebunden würden.

So kritisierte das Fachforum vor allem kurzzeitpädagogische Projekte, die entsprechende Zielgruppen nicht ausreichend einbinden könnten. Hohes Partizipationspotenzial sähen die Diskussionsteilnehmer vor allem bei Modellprojekten. Positiv nahm das Fachforum in diesem Zusammenhang die vorangegangene Rede von Bundesministerin Manuela Schwesig zur Vorstellung des neuen Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zur Kenntnis. Demnach seien die Modellprojekte für neue gesellschaftliche Herausforderungen neben der Steuerung und Umsetzung sowie dem Aufbau von festen Strukturen eine von drei Säulen von „Demokratie leben!“. Die Förderung von langzeitangelegten Modellprojekten böten nach Meinung der Diskussionsrunde das Potenzial, partizipatorische Präventionsansätze in Zukunft noch mehr zu stärken.

Kurzbiografien:

Referentin: Anne Goldenbogen

Politologin, seit dem Jahr 2005 aktiv für den Verein „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“ (KIgA e.V.). Dort verantwortet sie unter anderem die Konzeptionalisierung, Durchführung und Evaluation pädagogischer Maßnahmen. So auch in dem Berliner Modellprojekt „Anerkennen, Auseinandersetzen, Begegnen“, das sie während der Fachtagung vorstellte.

Referentin: Eva Zimmermann

Wissenschaftliche Referentin des Deutschen Jugendinstituts, betreut die Programmevaluation verschiedener Bundesprogramme. Im Rahmen des Programms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN evaluiert sie die präventiven Maßnahmen in den Programmbereichen „Modellprojekte“ und „Lokale Aktionspläne“.

Referent: Frank König

Diplom-Pädagoge, seit 2009 wissenschaftlicher Referent im Deutschen Jugendinstitut. In der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ evaluiert er im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN die Programmbereiche „Beratung und Beratungsstrukturen“ sowie „Lokale Aktionspläne“ zur Demokratieentwicklung.

Moderatorin: Annegret Zacharias

Arbeitete lange Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin, von 2005 bis 2007 als fachliche Leitung für das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt am Main. Seit 2007 leitet sie ein Büro für Beratung & Evaluation in Jena. Dabei bewegt sie sich verstärkt in den thematischen Handlungsfeldern Migrations- und Integrationsarbeit sowie Rechtsextremismusprävention.

Fachforum 7

Den Opfern eine Stimme geben – Aufgabenfelder und Qualitätsstandards in der Beratung von Opfern rechts- motivierter Gewalt



7.1 Fachforum am Vormittag

Mit einer Begrüßung durch die Moderatorin des Fachforums, Christine Sattler, Coachin für Lokale Aktionspläne in Sachsen-Anhalt, wurde das 7. Fachforum eröffnet. Die Teilnehmer des Forums waren aus ganz Deutschland angereist und zum großen Teil Fachexpertinnen und -experten aus der Praxis der Opferberatung. Gleich zu Beginn wurde die Zielsetzung des Fachforums vorgestellt: Die Konturierung des Handlungsfelds und ein Rückblick auf die Entwicklung der Opferberatung der letzten Jahre würde in einem ersten Schritt erfolgen, während in der zweiten Veranstaltungshälfte angestrebte Perspektiven für die professionelle

Beratung von Opfern rechter Gewalt aufgezeigt sowie konkrete Anregungen und Vorschläge für das neue Bundesprogramm formuliert werden sollten.

Referentinnen und Referenten:

Dr. Ursula Bischoff, Antje Arndt,
Robert Kusche

Moderation:

Christine Sattler

7.1.1 Impuls I: Geschichte der Opferberatung

Den Einstieg in die Impulsreferate machte Antje Arndt, Leiterin der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt von Miteinander e.V., mit einem kurzen Abriss der Geschichte der spezifischen Opferberatung. Wie Arndt erläuterte, sei die gesellschaftliche Stimmung nach der Wiedervereinigung in den 90er-Jahren in Deutschland ausschlaggebend für die erstmalige Organisation einer spezifischen Opferberatung gewesen. Das 1992 vom Bund ins Leben gerufene „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG; 1992 – 1997) konzentrierte sich zunächst mit zielgruppenorientierten, präventiv-pädagogischen Projekten auf die Täter rechter Gewalt. Dem gegenüber gestellt wurde die 1998 gegründete „Opferperspektive“, welche sich als spezifische Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt explizit auf die Seite der Opfer stellte.

Mit dem 2001 ins Leben gerufenen „CIVITAS“-Programm des Bundes wurden Beratungsprojekte für Betroffene rechter Gewalt und der Aufbau von lokalen Strukturen gegen Rechtsextremismus aktiv gefördert, allerdings nur in den neuen Bundeslän-



» Begrüßung + Begrüßung

» Fortimpulse + Diskuss

» Klärung + Konturierung
des Handlungsfeldes

» Konklusionsergebnisse
wissenschaftlichen Res

» ...



dern und Berlin. Arndt betonte, dass auch in den letzten beiden bundesweiten Bundesprogrammen die Opferberatung nicht den gleichen Stellenwert eingenommen hat wie die Mobile Beratung, sodass in den alten Bundesländern noch erhebliche Defizite vorhanden sind.

7.1.2 Impuls II: Aufstellung der Opferberatung in den Bundesländern



Beratungsangebote
für Opfer rechter
Gewalt verbessern

Ursula Bischoff vom Deutschen Jugendinstitut e.V. stellte im Anschluss die aktuelle Situation der Opferberatung in den einzelnen Bundesländern vor. Wie sie anhand einer Karte verdeutlichte, ist ein spezialisiertes, unabhängiges Beratungsangebot vor allem in den neuen Bundesländern sowie in Nordrhein-Westfalen anzutreffen. Ein spezialisiertes Angebot, welches bei bereits bestehenden oder staatlichen Trägern angesiedelt ist, findet sich im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Bayern, während in den anderen Bundesländern bislang noch kein spezialisiertes Beratungsangebot für Opfer rechter Gewalt etabliert wurde. Bischoff betonte vor diesem Hintergrund den Bedarf an individueller Opferberatung, da nur durch sie ganz spezifische Zielgruppen angesprochen würden. „Um den Zugang zu diesen Zielgruppen zu finden, braucht es andere Handlungskompetenzen und Möglichkeiten“, so Bischoff.

7.1.3 Impuls III: Erfahrungen aus der Praxis

Robert Kusche, Geschäftsführer der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (RAA) in Sachsen, berichtete als dritter Impulsgeber aus der Praxis der Opferberatungsstellen. Neben der eigentlichen Beratung sei auch das Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten eine zentrale Aufgabe der spezifischen Opferberatung, die aufgrund mangelnder Kapazitäten bisher allerdings nur in den neuen Bundesländern durchgeführt werden könne. Die Folge dessen sei eine verschobene Wahrnehmung rechter Gewalt in der Öffentlichkeit.

In der Opferberatung sei vor allem die Wahrnehmung der Betroffenen wichtig. „Wir haben eine Zielgruppe, die eher zu uns kommt, als es bei der Polizei zu melden“, berichtete Kusche. Ihm zufolge hätten viele Opfer rechter Gewalt und angegriffene Zielgruppen das Vertrauen in staatliche Einrichtungen verloren und könnten nur noch durch spezifische Opferberatung erreicht werden.



7.1.4 Der Blick zurück: Monitoring-Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

In der anschließenden ersten Diskussionsrunde wurde der Blick zurück auf die vergangenen Jahre geworfen. Bischoff problematisierte die zunächst ausschließliche Förderung von Beratungsangeboten der Mobilen Beratung und der Opferberatung in Ostdeutschland (CIVITAS), da damit der Westen Deutschlands strukturell benachteiligt wurde. Die anschließende Schwerpunktsetzung auf die Mobile Beratung durch das Programm „kompetent. für Demokratie“ in den westlichen Bundesländern habe dort zudem zu einer Vernachlässigung der Opferberatung geführt.

Im Folgenden stellte Bischoff in einer detaillierten Analyse der Erfahrungen der vergangenen Jahre die Ergebnisse des Monitoring der Opferberatung im Zeitraum zwischen Juli 2012 und März 2014 vor. Am Monitoring beteiligt hatten sich fünf ostdeutsche und drei westdeutsche Bundesländer. Wie die Zahlen zeigen, sind in diesem Zeitraum aus den 975 Vorkommnissen rechter Gewalt rund 1 500 Beratungsfälle entstanden. Dies begründe sich darin, dass es sich sowohl bei den Tätern als auch bei den Opfern oft um mehrere betroffene Personen handle. Auch fand in 85 % der Fälle mehr als ein Beratungstermin statt. Wie wichtig eine proaktive, aufsuchende Opferberatung sei, zeige außerdem die Tatsache, dass 662 der 1 500



Beratungsfälle durch eigene Recherche der Opferberatungsstellen und der anschließenden Unterbreitung eines Beratungsangebots entstanden sind.

Das weitaus größte Tatmotiv für rechtsmotivierte Gewalt ist Rassismus, sowohl bei Körperverletzungsdelikten als auch bei Bedrohungen und Sachbeschädigungen. Neben Menschen, die als Ausländer wahrgenommen und stigmatisiert werden, betrifft es vor allem Jugendliche alternativer Jugendkulturen und politische Gegner.

Aber auch Menschen mit Behinderung, Homosexuelle sowie Obdachlose werden als Repräsentanten abgewerteter Gruppen angegriffen. „Oftmals handelt es sich dabei um zufällige Angriffe im öffentlichen Raum, bei denen die Täter dem Opfer nicht bekannt sind“, erklärte Bischoff. Im Beratungsprozess wird neben der psychosozialen Beratung vor allem die Beratung zu rechtlichen Fragen und die Unterstützung bei Gerichtsverfahren stark in Anspruch genommen. In 74 % der Fälle wird die Beratung mit Erreichen des Beratungsziels, d. h. der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Betroffenen, abgeschlossen.

Von allen Beteiligten wurde für die Zukunft ein gemeinsames Monitoring aller Bundesländer als wünschenswert erachtet, um die Vergleichbarkeit zu erhöhen und so einen höheren Nutzen für die Opferberatungsstellen zu generieren.

7.2 Fachforum am Nachmittag

Der zweite Teil des Fachforums wurde mit einem Austausch über das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“ eröffnet. Formuliert werden sollten Perspektiven und Erwartungen an das Bundesprogramm für die kommenden Jahre.

7.2.1 Voraussetzungen für die regionale und flächendeckende Opferberatung

In einem ersten Schritt wurde hierbei die Frage gestellt, welche Ressourcen notwendig seien, um Opferberatung nach den durch die Opferberaterinnen und -berater formulierten Qualitätsstandards abzusichern.

Als grundsätzliche Voraussetzung wurden unabhängige, freie Träger für die Opferberatung genannt, um die Authentizität nach außen zu bewahren. Helga Seyb von ReachOut betonte die Bedeutung eines umfassend aufgestellten Personals, um die verschiedenen Zielgruppen tatsächlich zu erreichen. Hierzu gehöre unter anderem der Fokus auf Mehrsprachigkeit, kulturelle und ethnische Vielfalt im Team. „Es kann nicht sein, dass in der Beratung die Kinder für ihre Väter dolmetschen müssen“, so Seyb.

Eine ausreichende personelle Ausstattung der Opferberatungsstellen für eine mobile, aufsuchende, proaktive Beratung und die Kapazität für Fallrecherchen waren für Judith Porath von der Opferperspektive e. V. ein entscheidendes Kriterium.

Neben einer angemessenen Bezahlung und Ausstattung von Büro- und Beratungsräumen wünschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem eine stärkere Vernetzung auf regionaler Ebene.

Von der bestehenden Situation aus wurde im Anschluss der Frage nachgegangen, wie eine qualifizierte Opferberatung flächendeckend eingeführt werden könne. Als zentraler Aspekt wurde hier die bundesweite Koordinierung auf Projektebene genannt, die mit Vernetzungstreffen und übergreifenden Fortbildungen einhergehen solle. Hinzu komme eine kontinuierliche Begleitung der Beraterinnen und Berater und ein regelmäßiger Theorie-Praxis-Transfer. Kusche bekräftigte die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage für die strukturelle Förderung. Auch

”

Ressourcen stärken –
Qualitätsstandards
sichern

bestünde der Bedarf, das Erfahrungswissen zu bündeln, aufzubereiten und so die bisher formulierten Qualitätsstandards kontinuierlich weiterzuentwickeln.

7.2.2 Empfehlungen an das neue Bundesprogramm

Abschließend wurden im Plenum die Erwartungen und Empfehlungen an das neue Bundesprogramm gesammelt. Zu den zentralen Punkten gehörten:

- | Die Aufnahme der spezialisierten Opferberatung in die Leitlinien des neuen Bundesprogramms.
- | Die Förderung eines bedarfsgerechten, flächendeckenden und an den Qualitätsstandards der Opferberatung orientierten, spezialisierten Angebots in unabhängiger Trägerschaft.
- | Im Spezifischen beinhaltet das die aufsuchende, proaktive Unterstützung und Beratung, das unabhängige Monitoring rechter Gewalt sowie die Stärkung von Selbstorganisation in lokalen Interventionen.
- | Die bundesweite Vernetzung in Form einer Koordinierungsstelle, die auf Beratungsebene angesiedelt ist.
- | Besonders hervorgehoben wurde dabei, dass eine Flächendeckung nicht zu Lasten bereits bestehender Strukturen gehen dürfe.

„Das große Ziel in den nächsten fünf Jahren besteht darin, die gemeinsamen Qualitätskriterien umzusetzen“, schloss Kusche die Diskussion.



**Bundesweite
Vernetzung schaffen**

Kurzbiografien:

Referentin: Dr. Ursula Bischoff

Seit 2002 als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. und dort seit 2008 in der Abteilung Jugend und Jugendhilfe. Bisherige Arbeitsschwerpunkte sind Migration, Integration und interkulturelles Zusammenleben sowie Methoden empirischer Sozialforschung. Mitarbeiterin in der Evaluation des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN.

Referentin: Antje Arndt

Leiterin der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt des „Miteinander“ e.V. in Halle. Zuvor unter anderem als Projektleiterin im „Arbeitskreis Europäischer Flüchtlingsfonds“ (AKEFF) in Halle tätig.

Referent: Robert Kusche

Geschäftsführer des Bereichs Opferberatung des Trägers Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. (RAA Sachsen).

Moderatorin: Christine Sattler

Coachin Lokale Aktionspläne, Saalekreis

Fachforum 8

Rechtsextremismus im Wandel – neue Herausforderungen für die pädagogische Praxis



Referentinnen und Referenten:

Ricardo Glaser, Michaela Glaser, Sally Hohnstein, Christiane Schneider, Johannes Baldauf, Renke Theilengerdes, Torsten Niebling

8.1 Fachforum am Vormittag

8.1.1 Rolle und Funktion Neuer Medien im Alltag und in der Lebenswelt junger Menschen.

Die digitalen Medien haben für das Freizeit- und Kommunikationsverhalten junger Menschen eine große Bedeutung, was sich auch in veränderten Zugängen Jugendlicher zu rechtsextremen Inhalten und in den Werbe- und Rekrutierungspraxen des organisierten Rechtsextremismus reflektiert.

Sally Hohnstein vom Deutschen Jugendinstitut hob die Bedeutung der sozialen Medien für Kommunikation, Unterhaltung und Informationsbeschaffung Jugendlicher hervor, denn „in der persönlichen Einschätzung der Jugendlichen ist Online-sein und hierbei die Nutzung sozialer Medien eine der zentralen und für junge Menschen wichtigsten Medienaktivitäten überhaupt“.

Einen entsprechend hohen Stellenwert nehmen Kontakte und Informationen aus sozialen Medien für junge Menschen ein und in diesem Handlungsraum bestehen und entstehen beständig Zugänge zu rechtsextremen Inhalten, seien es Zufallsfunde, geteilte Informationen von Bekannten oder gezielte Suchergebnisse. Rechtsextreme Jugendliche nutzen diese Räume, ebenso wie alle anderen Jugendlichen zur Information, Kommunikation und Inszenierung der eigenen Persönlichkeit.

Insofern sind rechtsextreme Inhalte (immer schon) vorhanden, werden (re-)produziert und verbreitet. Allerdings ist in den letzten Jahren ergänzend festzustellen, dass Rechtsextremisten (jung und alt) die Möglichkeiten von Social Media zur aktiven Verbreitung rechtsextremer Inhalte sowie zur Rekrutierung junger Menschen nutzen. Die absolute Zahl rechtsextremer Internetseiten nehme zwar ab, allerdings wachse die Zahl entsprechender Inhalte in sozialen Netzwerkseiten, was eine Verlagerung rechtsextremer Aktivitäten in das Web 2.0 erkennen lässt.



Fachforum 8

"Jugendlicher Rechtschermismus
im Klassenzimmer - Herausforderungen
für die pädagogische Praxis."

- 1) Rolle und Funktion des Lehrers
- 2) Prävention und Erreichbarkeit
von Interventionen in der
Praxis

Insofern ist zu erwarten und Erfahrungen in der Arbeit mit Jugendlichen bestätigen dies, dass über Social Media im Netz verstärkt Kontaktmöglichkeiten mit rechtsextremen Inhalten und Gruppen entstehen und zum einen Personen erreicht werden, die nicht aktiv nach rechtsextremen Inhalten suchen, zum anderen auch die Zugangsschwellen für gefährdete Jugendliche sinken. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Prävention gegen Rechtsextremismus auf der digitalen und medienpädagogischen Ebene.



Rassistische Inhalte in popkultureller Verkleidung

8.1.2 Gezielte Ansprache mit unverfänglichen Inhalten

Christiane Schneider von Jugendschutz.net konkretisierte die Beschreibung rechtsextremer Aktivitäten im Netz: Die Szene spreche gezielt Jugendliche an, indem sie ihre rassistischen Inhalte popkulturell aufbereite. Dazu verwende sie szenetypische Symbole und Verweise auf rechtsextreme Kreise, kommuniziere aber oft zu allgemeinen Themen. Sie resümierte dazu: „Die Szene erreicht damit mehr Leute, man wirkt unverfänglicher und man hat ein positiveres Selbstbild.“ Eine Strategie dagegen könnte sein, inhaltliche Trends durch Monitoring zu erkennen und jugendmedienrechtliche Verstöße zu ahnden.

Hierbei werden die Hotspots der medialen Aktivitäten erkennbar und diese könnten bei strafrechtlicher Relevanz und vor dem Hintergrund von Jugendschutzverstößen intensiver beobachtet werden. Allerdings sei es schwierig, einerseits die Verstöße klar zu benennen und andererseits alle Inhalte entsprechend zu ahnden. Daher empfiehlt sich vielmehr eine Verstärkung medienpädagogischer Arbeit und Kompetenzentwicklung, damit die Sensibilität der Jugendlichen für kritische Inhalte gestärkt sowie eine bewusste Nutzung gefördert werde.

Eine solche Prävention erfordere die Zusammenführung des Know-hows aus den Bereichen Rechtsextremismus und Internet/Medien.

8.1.3 Medienkompetenz stärken

Johannes Baldauf von NoNazi.net berichtete über das Internet als Propagandamittel Nummer eins. Im Sinne einer erfolgreichen Prävention sei eine Stärkung der Medienkompetenzen notwendig, um ein kritisches Bewusstsein zu schärfen, damit Jugendliche für die Frage sensibilisiert sind, welchen Inhalten und Seiten im Inter-

net vertraut werden kann. Der Dialog mit den Seitenbetreibern und Plattformen wie Facebook sei intensiv und schwierig, denn „das Bewusstsein ist bei internationalen Plattform viel weniger vorhanden, daher muss man da sehr viel mehr für eine Sensibilisierung machen“. Auf einen Eingriff in Inhalte folge oftmals ein Zensurvorwurf.

Verbote können ferner leicht umgangen werden. Alternativ bemühe sich NoNazi.net um die Ansprache von Jugendlichen online. Wichtig sei die Identifikation thematischer Hotspots, z. B. aktueller Diskussionen oder einschlägiger Netzwerk-Gruppen, um gegebenenfalls im Rahmen einer Gruppendiskussion oder in individuellen Chats reagieren zu können, oder, entsprechend dem bedürfnisorientierten Ansatz, Jugendliche aktiv und gezielt anzusprechen. Dieser Ansatz sei sehr aufwendig und treffe nicht immer auf Resonanz. Offen ist dabei die Frage der Transparenz, da die Ansprache erkennbar als natürliche Person/Organisation oder mit einem gefakten Profil erfolgen kann.

Geeignete Ansprachen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen im Internet wurden anschließend im Forum kontrovers diskutiert, z. B. hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Standards der aufsuchenden Jugendarbeit, oder im Hinblick auf die Frage, ob man Jugendliche mit Fake Accounts „verarschen darf“. Hier stehen die Aspekte der Authentizität, Augenhöhe und Ernsthaftigkeit in Konkurrenz zu vor allem Schutzaspekten.

In der Diskussion wurde durch die Anwesenden weiterhin hervorgehoben, dass Verbote und Löschungen schwierig durchzusetzen seien (Server stehen im Ausland, Grauzone ist breit und oftmals kaum strafbewehrt). Daher müssten Jugendliche Erfahrungen und Kompetenzen in Bezug auf digitale Medien erwerben und sammeln, um kritische Inhalte zu enttarnen und Handlungsoptionen (z. B. Beschwerdemöglichkeiten bei Facebook & Co zu menschenverachtenden Profilen) zu kennen.

Rechtsextreme Inhalte müssten in der pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen nicht versteckt werden, sondern deren Bearbeitung in Form einer offenen und diskursiven Auseinandersetzung sollte Teil von themenspezifischer Projektarbeit sein. Dies gilt insbesondere vor den oben diskutierten Kontaktflächen im Social Media, da hier prinzipiell täglich „schlafende Hunde“ geweckt würden und ein Verstecken rechtsextremistischer Inhalte in der pädagogischen Arbeit daher keine wirkliche Option darstelle.

”

**Medienkompetenz
von Jugendlichen
stärken**



Aus dem Plenum erfolgte ein Hinweis zu bestehenden Projektangeboten (z. B. aus der Modellförderung von TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN) an der Schnittstelle zwischen Medienpädagogik und historisch-politischer Bildung durch Vertreterinnen und Vertreter eines Trägers: „Your History“ – Hallisches Institut für Medien (HIM) e. V. Die Praxis stoße hier oft an strukturelle Grenzen, z. B. bei der technischen Ausstattung von Jugendfreizeitzentren, aber auch in der Verwaltung. Auch fehlen Fachkräften mitunter selbst die nötigen Kompetenzen und Skills im Umgang mit jugendrelevanten Onlinemedien und Themen.

8.2 Fachforum am Nachmittag

Im zweiten Teil des Fachforums wurden ebenfalls Konsequenzen aus veränderten Erscheinungsformen von jugendlichem Rechtsextremismus thematisiert: Es wurde sich der Frage gewidmet, wie angesichts einer geringeren Sichtbarkeit und Präsenz im öffentlichen Raum rechtsextrem orientierte Jugendliche durch pädagogische Angebote erreicht werden können.

Basierend auf Erkenntnissen aus einer aktuellen DJI-Erhebung skizzierte Michaela Glaser vom Deutschen Jugendinstitut zunächst die gegenwärtige Projektlandschaft der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Sie stellte zum einen Kon-

tinuitäten wesentlicher Grundprinzipien und Arbeitsweisen akzeptierender und sozialintegrativer Ansätze fest. Dazu gehören eine wertschätzende Grundhaltung gegenüber der Person, Beziehungsarbeit sowie eine „ganzheitliche“ individuelle Problemlagen und Integrationsdefizite bearbeitende Unterstützungsperspektive.

Zum anderen zeichneten sich aber auch Veränderungen hinsichtlich der Arbeitsformate ab, was dadurch bedingt sei, dass der Zugang über offene und aufsuchende, cliquenorientierte Arbeitsformate sich zunehmend schwierig gestaltet. Praktikerinnen und Praktiker benennen als Gründe hierfür Veränderungen des Phänomens Rechtsextremismus sowie der Gesellungsformen rechtsorientierter und rechtsextremer Jugendlicher: Sie berichten von Mischcliquen, unauffälligeren Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und der damit verbundenen schwierigeren Identifizierbarkeit, aber auch vom veränderten Freizeitverhalten von Jugendlichen, z. B. durch neue Medien. Daraus resultieren eine geringere bzw. weniger sichtbare Präsenz von rechtsextrem orientierten Jugendlichen im öffentlichen Raum und eine insgesamt schwierigere Erreichbarkeit und Ansprechbarkeit.

Vor diesem Hintergrund ging das Nachmittagsforum der Frage nach, welche (alternativen) Zugänge geeignet seien, um rechtsextrem orientierte Jugendliche zu erreichen. In den Referenteninputs und der Diskussion wurde hierbei vor allem über Zugangsmöglichkeiten durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit Multiplikatoren aus unterschiedlichsten Professionen diskutiert.

8.2.1 Vielfältige Zugänge entwickeln und nutzen

Renke Theilengerdes vom Projekt „Rückwege“ referierte über drei in seinem Projekt praktizierte Ansätze, um Zugang zu rechtsextrem orientierten Jugendlichen zu erhalten.

Dies sind erstens Fachkräftenetzwerke in den Arbeitsfeldern des SGB VIII (Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe). Wenn z. B. Pädagoginnen und Pädagogen in Schulen und Jugendhäusern mit einzelnen rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Kontakt kommen, dann wird versucht, ein Erstgespräch mit einem „Rückwege“-Mitarbeiter zu vermitteln. Hierfür werden Schulungen und Informationsveranstaltungen angeboten. In dem folgenden Erstgespräch stünden dann rechtsextreme Wissensbestände und Vorurteile im Vordergrund. Dabei würde ein

nicht-stigmatisierender Ansatz verfolgt, d.h. man tausche sich offen und ernsthaft mit den Jugendlichen aus, denn sie hätten das „Bedürfnis seinen eigenen Standpunkt rauszuhauen und ausdrücken zu können“.

Ein zweiter Ansatzpunkt für die Arbeit liegt in der Vermittlung von Kontakten über den Pool Sonderprojekte im Landesjugendamt, in dem z. B. das Aussteigerprogramm sowie spezifische Angebote der Elternberatung verankert sind. Hilfesuchende Eltern oder anderweitig um Unterstützung bittende Personen könnten ebenfalls als Türöffner für den Zugang zu rechtsextrem-orientierten Jugendlichen fungieren.

”

Kritische Auseinandersetzung in Beratungsgesprächen üben

Schließlich nutzen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts auch den Zugang über die Justiz, um straffällig gewordene Jugendliche in einem Erstgespräch für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Jugendliche bekämen dann die Auflage, an Beratungsgesprächen teilzunehmen. In Beratungsgesprächen fände oft zum ersten Mal eine kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten statt. Mögliche Methoden hierfür sind konfrontative Pädagogik, Irritation oder Reisepädagogik, aber auch persönliche Gespräche mit Aussteigern aus rechtsextremen Kreisen.

8.2.2 Kontinuität und Kooperation

Torsten Niebling vom Modellprojekt „Rote Linie“ schilderte ebenfalls den Zugang über Multiplikatoren aus dem Arbeitsfeld der (außer-)schulischen Bildung und beschrieb als weiteren Zugangsweg die Gewinnung von Klientinnen und Klienten über die Beratung von Angehörigen rechtsextrem auffälliger Jugendliche. In der eigentlichen Arbeit mit den Jugendlichen sei es zudem wichtig, mit ihnen „über Problemlagen ins Geschäft zu kommen“ und, so weit wie möglich, Bezugspersonen einzubinden. Jeder Fall müsse aber individuell bearbeitet werden: „Im Alltag müssen wir immer neu auf den Einzelfall und auf die Rahmenbedingungen schauen und überlegen, wie wir vorgehen können.“

Weiterhin diskutierte er das Verhältnis von „Spezialisten ohne Regelstrukturen“ und „fitten Regelstrukturen“. Wichtig sei, eine Erstansprache generell gewährleisten zu können. Denn wenn ein Ansprechpartner vor Ort sei und kontinuierliches Interesse an einer Person zeige, dann könne dies eine Wirkung entfalten. „Daher wäre es wünschenswert, wenn eine zentrale Anlauf- und Fachstelle im Land mit fachspezifischen Kompetenzen für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen die

Fachkräfte kontinuierlich schult und fit macht.“ Im Plenum wurde diese Diskussion anschließend weitergeführt.

8.2.3 Spezialstrukturen versus Regelprojekte?

Als grundsätzlich sinnvoll wurde von den Teilnehmenden benannt, die Fachkräfte in den Regelstrukturen, die täglich mit der Zielgruppe arbeiten, durch entsprechende Angebote weiter zu qualifizieren. Für Fachkräfte an der Basis seien insbesondere Unterstützungssysteme in Form bedarfsbezogener Coachings bzw. Beratungen hilfreich, um diese schwierigen und belastenden Themen im direkten Arbeitsumfeld nachhaltig zu bearbeiten. Gleichzeitig sei ein lokales Frühwarnsystem notwendig, um eine Intervention im Vorfeld zu erreichen. Es wurden allerdings auch Grenzen einer Übernahme von Aufgaben durch die Regelarbeit thematisiert bzw. Argumente für Spezialprojekte formuliert.

So wurde problematisiert, dass vor allem in einigen ländlichen Regionen Deutschlands die existierenden Strukturen der Jugendarbeit zu schwach ausgeprägt seien, um diese Aufgabe übernehmen zu können. Zudem wurde auf die vielfältigen Aufgaben und das breite Zielgruppenspektrum der regulären Jugendarbeit verwiesen. Um die anspruchsvolle und zeitintensive Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen fundiert leisten zu können, hätten deshalb die Regelarbeit ergänzende und diese unterstützende Spezialangebote mit spezifischem Fachwissen und spezifischen Ressourcen zur Auseinandersetzung mit jugendlichem Rechtsextremismus eine wichtige Funktion.

Außerdem wurde im Plenum ein allgemeiner Appell für die Stärkung einer qualifizierten Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen ausgesprochen, da diese oftmals außerhalb der eigenen Szene keine Möglichkeiten zum inhaltlichen Austausch haben und dringend der Konfrontation mit alternativen Sichtweisen bedürfen.

8.2.4 Anforderungen für ein neues Bundesprogramm

Im Fachforum 8 sind verschiedene Forderungen und Anforderungen für die Inhalte des neuen Bundesprogramms thematisiert worden. Um den Herausforderungen zu begegnen, die sich aus der wachsenden Bedeutung digitaler Medien für die Rechtsextremismusprävention ergeben, ist eine verstärkte Förderung der Medienkompe-



Fachkräfte weiter
qualifizieren

tenz sowohl bei Jugendlichen, als auch bei pädagogischen Fachkräften unerlässlich und dringend geboten. Hier besteht Handlungsbedarf für die Politik. Jugendliche sollten z. B. befähigt werden, quellen- und inhaltskritisch mit Inhalten im Internet umzugehen. Die Befähigung der Multiplikatoren muss sich auf zwei Aspekte beziehen – einerseits den angstfreien und kompetenten Umgang mit Medien an sich und andererseits das Wissen und die Sensibilität hinsichtlich rechtsextremer Inhalte und Ausdrucksformen und insbesondere ihrer Grenzbereiche und Anknüpfungspunkte zum gesellschaftlichen Mainstream.



Soziale Netzwerke für Präventionsarbeit nutzen

Erste Ansätze (u. a. geförderte Modellprojekte im auslaufenden Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN), (medien-)pädagogisch mit jungen Menschen zum Thema Rechtsextremismus in Onlinekontexten zu arbeiten, sind vielversprechend und sollten fortgeführt und weiterentwickelt werden. Vereinzelt wird auch versucht, über soziale Netzwerke Jugendliche zu erreichen, die bereits rechtsextreme Affinitäten aufweisen, um auf diesem Wege Distanzierungsprozesse zu unterstützen. Ansätze, die diese neuartigen Zugangswege nutzen, gilt es verstärkt zu entwickeln und zu erproben.

Als Reaktion auf die Herausforderung einer veränderten bzw. erschwerten Erreichbarkeit von rechtsextrem orientierten Jugendlichen wurden vor allem Netzwerkansätze, allen voran die Zusammenarbeit mit Multiplikatoren in Schule, Gemeinwesen und Jugendarbeit vorgestellt. Diese multiplikatorengestützten Zugänge zu rechtsorientierten Jugendlichen sind dann erfolgreich, wenn die für den Aufbau sowie die Pflege entsprechender Netzwerke notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen. Fachkräfte in Schule und Jugendarbeit, die mit Jugendlichen (und damit auch mit rechtsorientierten Jugendlichen) in Kontakt stehen bzw. kommen, nehmen eine Ansprache- und Erstkontaktfunktion wahr.

Als weitere relevante Partner für eine Zusammenarbeit wurden Justiz und soziale Unterstützungssysteme als erfolgreich beschrieben, da auch ein Beratungskontakt auf der Basis eines Zwangskontexts (Jugendstrafrecht) bzw. in einer Krisenintervention (z. B. Suchtmitteltherapie) zu einer positiven und die Distanzierung vom Rechtsextremismus fördernden Zusammenarbeit führen kann. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen die Multiplikatoren sensibilisiert und qualifiziert werden, um Jugendliche an der Schwelle zu einer rechtsextremen Orientierung erkennen und erreichen zu können.

Darüber hinaus sollten in einer Fortführung des Bundesprogramms mögliche Schnittstellen zu den Hilfen zur Erziehung modellhaft erprobt werden, um Zugänge auch in rechtsextreme Familiensysteme und Milieus zu entwickeln.

Als genereller Wunsch an die Politik wurde eine grundsätzliche Verstärkung der Arbeit, z. B. in Form einer gesetzlichen Verankerung, formuliert. Zudem seien die Anstrengungen für einen Transfer von Erfahrungen und Erkenntnissen in die Regelangebote und Arbeitsfelder vor Ort zu verstärken, um die Effekte der Bemühungen auf Bundesebene zu intensivieren. Schließlich sollten vorhandene Austausch- und Abstimmungsbemühungen zwischen Programmen und Akteuren auf Bundes- und Landesebene weiter ausgebaut bzw. entwickelt werden.

Ferner wurde durch die Teilnehmenden unterstrichen, dass eine hohe Wirkung und die Qualität und Nachhaltigkeit von Modellprojekten, problemspezifischen Programmen und Unterstützungssystemen nur dann gewährleistet werden kann, wenn diese mit einer arbeits- und leistungsfähigen sozialen Infrastruktur und damit qualifizierten und motivierten Fachkräften vor Ort kooperieren und zusammenarbeiten können, was mitunter in der politischen Diskussion aus dem Blick geraten würde.

Kurzbiografien:

Referent: Ricardo Glaser

Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung.

Referentin: Michaela Glaser

Deutsches Jugendinstitut e. V., Projektleiterin der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Referentin: Sally Hohnstein

Deutsches Jugendinstitut e. V., Mitarbeiterin der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Referentin: Christiane Schneider

Jugendschutz.net, Projektmitarbeiterin der Abteilung Rechtsextremismus.

Referent: Renke Theilengerdes

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz, Mitarbeiter im Projekt „Rückwege“.

Referent: Torsten Niebling

St. Elisabeth-Verein e. V., Mitarbeiter im Modellprojekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

TOLERANZ FÖRDER
KOMPETENZ STÄRKT

FÖRDERN
Z STARKEN

FÜR
DEMOKRATIE -
mismus, Fremden-
antisemitismus

www.familie.de
www.familie.de
www.familie.de

www.familie.de
www.familie.de
www.familie.de

Impressionen

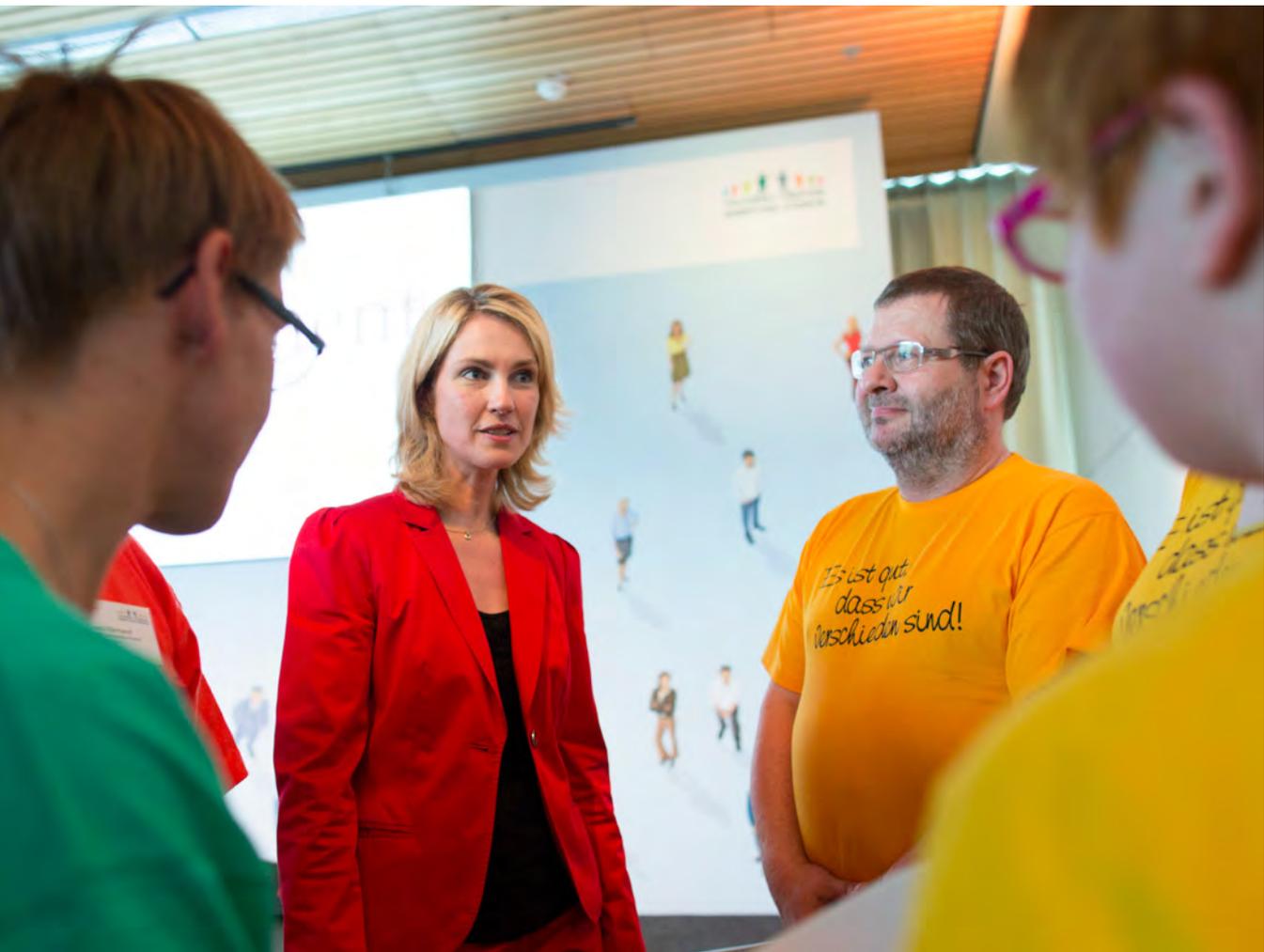




DUSCHANBE

TOLERANT;
IRANDEBU;

Kampagne
BBS



bpb:
Bundeszentrale für
Leibniz
Bildung

ie
ellschaft
rn

Z

Bundesprogramm
Zusammenhalt durch Teilhabe



Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag – Donnerstag 9 – 18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Stand: November 2014

Text: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gestaltung: neues handeln GmbH

Bildnachweis: Photothek Thomas Köhler

Website: www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de
www.demokratie-leben.de

- * Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.